SDS
SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND · 6 FRANKFURT/M. · WILHELM HAUFF-STR. 5

Bundesvorstand Tel.o611/77 6o 68

Postscheck Ffm 31607
Dresdner Bank 282427

SDS INFO 3

Frankfurt, den 8.1.1969

Deutsche Bundespost Telegramm

3716 HANOI 68/66 2 1740 VIETGIT = ETAT = 02 I 69 23 15

SDS BUNDESVORSTAND 6
FRANKFURT/MAIN WILHELMHAUFF ST.5
WEST/GERMANY =

SOUTHVIETNAM NATIONAL FRONT LIBERATION MISSION IN NORTH-VIETNAM HANOI ENTRUSTED TRANSMIT CABLE:
OCCASION JANUARY 9 EIGHT ANNIVERSARY FOUNDATION SOUTHVIETNAM STUDENTS UNION LIBERATION TO SUPPORT SOUTHVIETNAM PEOPLE STUDENTS STRUGGLE BEG YOU PROMOTE APPROPRIATE ACTIVITIES URGING END WAR SETTLING PEACE CABI NET PRESSING USA EARLY NEGOCIATE DIRECTLY SVNNFL FOR SETTLING SOUTH VIETNAM PROBLEM STOP ANTICIPATED THANKS END JANUARY 2,1969 STOP

SVNSUL

Der 9.Januar 1969 ist der achte Jahrestag der Gründung der Studenten-Union für die Befreiung Südvietnams.
In exemplarischer revolutionärer Praxis haben die Studenten Südvietnams Massenagitation und den bewaffneten Kampf gemeinsam mit der FNL organisiert. Unterdrückung und Verfolgung durch die amerikanischen Aggressoren und das saigoner Marionetten-Regime hat ihren Kampf nicht eindämmen können. In der Tet-Offensive haben die Studenten Südvietnams dazu beigetragen, den Kampf für die Befreiung Südvietnams in die Zentren der Städte zu tragen.
Der SDS fordert in Solidarität mit der FNL anläßlich des achten Jahrestages der Gründung der Studenten-Union für die Befreiung Südvietnams erneut

die volle Anerkennung der FNL als legitimen Vertreter des südvietnamesischen Volkes.
Die Verschleppung der pariser Vietnam-Verhandlungen durch die USA und das saigoner Marionetten-Regime hat erneut deutlich gemacht, daß nur durch die konsequente Fortsetzung des Kampfes gegen die Aggression des US-Imperialismus der Sieg der vietnamesischen Revolution Wirklichkeit wird.

CORNELL-UNIVERSITY, CORNELL(USA) — Amerikanischer Genosse zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt!

Der Genosse Bruce Dancis vom SDS Cornell ist am 12.11.68 zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er seine Einberufungskarte zerrissen hatte.
Obwohl Genosse Dancis wegen Verletzung des Selective Service Act angeklagt war, das eine Höchststrafe von 5 Jahren Gefängnis vorsieht, wurde er unter Zugrundelegung des Youth Corrections Act zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt.
Dieses Gesetz legt das Strafmaß nicht fest, um die Möglichkeit zu geben, den Verurteilten früher zu entlassen, wenn dieser sich entsprechend gut aufführt. Was dies in politischen Prozessen bedeutet, ist eindeutig: die Aufforderung zur Unterwerfung. Entsprechend Richter Edmond Port:
"... he accused Dancis of inciting to riot and suggested that he begin his education in jail. As he was taken away, Dancis agreed that he would use the time to read all of Marx." (New Left Notes, Nov. 1968, S.7)
Inzwischen ist Bruce Dancis bis zur Berufungsverhandlung auf freiem Fuß.
Die Kaution wurde durch eine Kampagne an der Cornell-Universität aufgebracht.

Justiz - Bundesseminar

Rechtsschutz durch Linksschutz!

Das Justiz-Seminar ist nocheinmal verschoben worden, um eine bessere Vorbereitung zu ermöglichen.
Es findet nun endgültig vom 24.Januar nachmittags bis zum 26. abends in Tübingen statt.
Die folgenden Problembereiche müßten ausführlich durchgearbeitet werden:

1) Strategie und Taktik der Justizkampagne (Aufarbeiten der bisherigen Diskussionen auf den DKs; hier wären historische und grundsätzliche Gesichtspunkte in die Debatte einzubeziehen, z.B. (a) Der Kampf gegen die Justiz in der Geschichte der Arbeiterbewegung (b) Die Justiz als dritte Gewalt der herrschenden Klasse -Zur Struktur und Funktion der Klassenjustiz) - Die heidelberger undtübinger Genossen werden diesen Abschnitt vorbereiten , vgl.auch den Artikel des Genossen Geulen in der nk 51(erscheint bis Ende Januar!).
2) Koordination der örtlichen Justizkampagnen - Verstärkung der Kommunikation(z.B. Agitations-und Informationsschriften).
3) Rechtshilfe-Fonds .
4) Die Zusammenarbeit mit den Anwälten - Anwaltssyndikate.

Anmeldungen an den Genossen: Dieter Jellinghaus
74 Tübingen
Nordring 37, Z.412

INTERNATIONALISMUSSEMINAR vom 31.Jan.-2.Februar 69 in HAMBURG

Brief der Hamburger Genossen:

Genossen,
Da die für die letzte DK in Hannover geplante Internationalismusdebatte nicht stattgefunden hat, sollte sie nach Meinung der Mehrheit der Genossen, die in einer Internationalismusgruppe arbeiten, in einem Bundesseminar für Internationalismus nachgeholt werden.
Wir haben Euch schon in Hannover bekannt gegeben, daß die Hamburger Gruppe die technische Durchführung des Seminars übernehmen will. In dieser Richtung haben wir mittlerweile die Vorbereitungen abgeschlossen; Unterkünfte , auch für eine größere Zahl von Genossen, sind garantiert.
Als Termin schlagen wir Euch das Wochenende vom 31.Jan.-1/2.Febr.vor. Wir glauben, der Ablauf des Seminars läßt sich nicht von vornherein formal festlegen, deshalb geben wir kein festgestanztes Programm für diese 3 Tage aus. Das Seminar wird auf jeden Fall auf Effizienz angelegt sein.
Nach Diskussionen, die die Projektgruppe Griechenland und Lateinamerika hier in Hamburg geführt haben, stellen sich von unserer Warte aus folgende Themen, mit denen sich ein Bundesseminar -Internationalismus- befassen könnte:

1. Aufnahme und Intensivierung der Kontakte zwischen den Internationalismusgruppen auf Bundesebene
2. Verstärkung der Kommunikation und des Informationsaustausches zwischen den Gruppen
3. Koordination der Aktionen der Gruppen, die sich mit dem selben Thema befassen
4. Arbeitsteilung und permanenter Austausch des Materials bzw. der erarbeiteten Analysen
5. Aufnahme bzw. Intensivierung der Kontakte mit den revolutionären Gruppen des betreffenden Landes
6. Die unmißverständliche Ausrichtung unserer Arbeit auf a)materielle und ideelle Unterstützung der revolutionären Kräfte im betreffenden Land b) die Entwicklung von besseren Methoden der Agitation und Aufklärung im Rahmen der Uni und der breiteren Öffentlichkeit hinsichtlich der revolutionären Bewegungen in den betreffenden Ländern.
7. Analyse der internationalen Situation, Bestimmung der Prioritäten des Kampfes
8. Entwicklung einer (speziell europäischen)Strategie
9. Welche Rolle kann der SDS als revolutionäre Avantgarde im Rahmen einer europäischen Gesamtstrategie spielen ?

Die Genossen werden gebeten, Themen über das jeweilige Projekt, mit dem sie sich befassen, auszuarbeiten.
Gruppen, die erst jetzt beginnen, auf dem Gebiet des Internationalismus zu arbeiten, oder einzelne Genossen, die großes Interesse daran haben, können natürlich auch daran teilnehmen.
Füllt bitte den beigefügten Fragebogen aus und schickt ihn uns möglichst bald zurück. Ihr erleichert uns dadurch die Arbeit.

Projektgruppen Griechenland
u. Lateinamerika im SDS Hamburg
2 Hamburg 13, von Melle Park 17

BV-SITZUNG: Internationale Arbeit, am 16 . Jan.1969, in Frankfurt, Wilh.-Hauffstr.5, 17 Uhr
Diskussionspunkte: Koordination der Arbeit, Schwerpunkte der Gruppen, Konkretion der Kampagne gegen den Imperialismus im eigenen Land.Hamburger Seminar)
1-2 Genossen aus jeder funktionierenden Internationalismusgruppe sollten an dieser Sitzung teilnehmen.Gebt uns kurz die Namen der teilnehmenden Genossen durch.

Fragebogen:Internationalismus - Seminar Hamburg

1. Seit Ihr bereit, an diesem Seminar teilzunehmen?.....
2. Habt Ihr einen Terminwechsel vorzuschlagen? (Wenn ja, dann bitte begründen).....
3. An welchem Projekt arbeitet Ihr (Land, Kontonent, NATO, etc.
4. Seid Ihr bereit Referate auszuarbeiten ? (Welche ?)
5. Habt Ihr Themen und Problematiken, die Ihr unbedingt besprochen wissen wollt und welche ?
6. Mit wievielGenossen werdet Ihr vermutlich teilnehmen ?

Schickt bitte die Antwort an die folgende Adresse :SDS
Internationalismus,
2 Hamburg 13
Von Melle Park 17

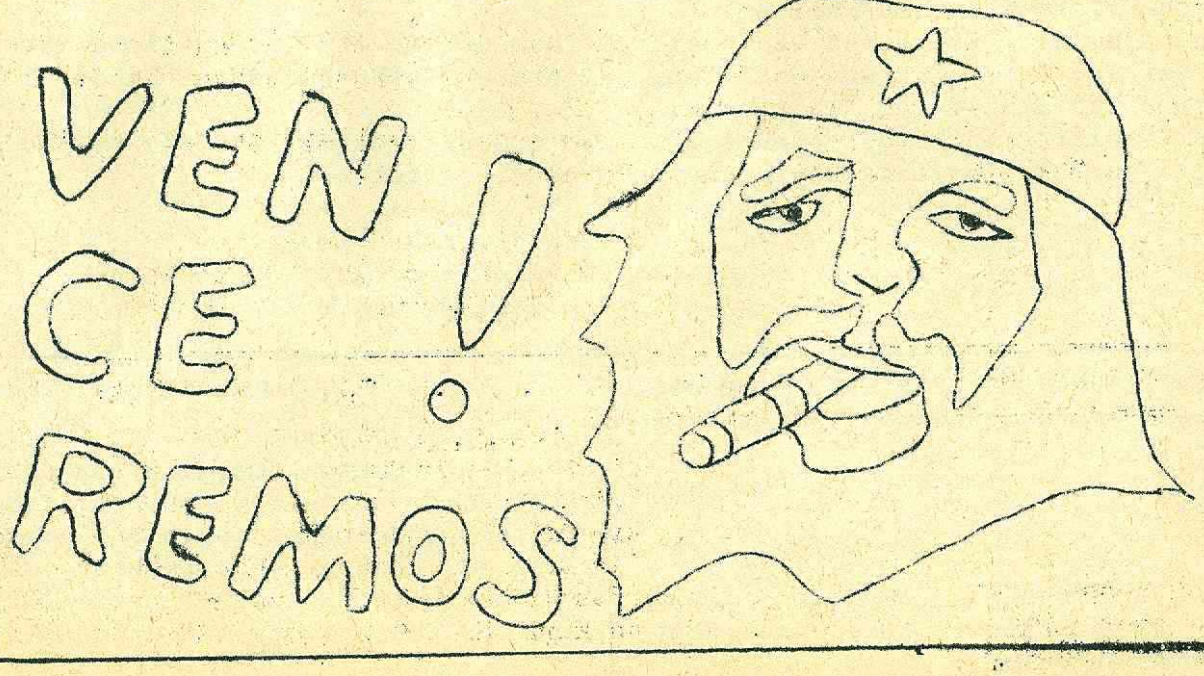
8 München 8

TRIKONT-VERLAG Josephsburgstr. 16

Gegen Vorauszahlung werden die folgenden Titel an die Gruppen als Organisationsausgaben verschickt. Der Rabattsatz beträgt 40 % vom Endverkaufspreis mit folgender Aufteilung: 30% für die Gruppen und 10% an den BV. Die unten genannten Preise gelten für die Gruppen:

DEBRAY, Revolution in der Revolution ?	DM 4,20
GIAP , Volkskrieg-Volksarmee	DM 5,45
BETTELHEIM, Der Aufbau des Sozialismus in China	DM 7,5o
LÊ CHAU, Bauernrevolution in Südvietnam	DM 4,45
DEBRAY, Der lange Marsch	DM 6,75
GUEVARA, Partisanenkrieg	DM 3,oo
HO CHI MINH, Gegen die amerikanische Aggression	DM 2,7o
NOW/Der schwarze Aufstand	DM 2,7o
GUEVARA, Bolivianisches Tagebuch	DM 4,o5
MERDE-Karikaturen zur Mairevolte Frankreich 1968	DM 3,35
BEN BARKA, Revolutionäre Alternative	DM 3,25
SCHUHLER, Zur politischen Ökonomie der armen Welt	DM 7,5o
MAO, Ausgewählte Werke I und II	DM 5,oo
DAS ROTE BUCH	DM 1,2o
TRIKONTINENTAL(Zweimonatszeitschrift).....Einzelpreis	DM 4.8o

Rücksendung nicht beschädigter Bücher werden erbeten!



SEMINAR zum PUBLIKATIONSWESEN desSDS vom 29.Jan. - 2.Febr. 69 in Frankfurt

nk

Das Seminar soll die Voraussetzungen für die Umstrukturierung der nk zu einer Zeitschrift schaffen, in der die Diskussion um die Strategie des Verbandes orientiert an den tatsächlichen Auseinandersetzungen in allen Arbeitsbereichen geführt werden kann. Auf dem Seminar soll versucht werden ein Redaktionsmodell zu finden, dass eine Verselbständigung einer Redaktion von der praktisch politischen Arbeit weg zu einer rein theoretisch-wissenschaftlichen Diskussion verhindert.

Zur Vorbereitung dieses Seminars werden Arbeitsmaterialien zusammengestellt werden, die die verschiedenen Vorschläge und Analysen zur nk zusammenfassen sollen. Diese Materialien sollen rechtzeitig vor dem Seminar verschickt werden. Es ist daher notwendig, dass die Gruppen, die Konzepte zur inhaltlichen und formalen Gestaltung der nk entwickelt haben, diese Beiträge bis spätestens 2o. Januar 1969 an den BV schicken.

VERLAGSWESEN

Einige Gruppen haben, um die Kommunikationsstruktur innerhalb ihrer Gruppe zu verbessern, um permanent politisch zu diskutieren und um die Interessenten an der Arbeit des SDS zu informieren und zu agitieren, eigenen Verlage oder ähnliches gegründet (Berlin Oberbaum; Hamburg-Cicero etc.). Die Arbeiten, die in diesen Verlagen veröffentlicht werden, sind oft Zusammenfassungen von Diskussionen von Projektgruppen, Arbeitsgruppenergebnisse, Aktionsberichte und Materialien zur Diskussion, Texte etc.. Die produkte werden aber in den meisten Fällen nur in kleiner Auflage verlegt und lokal vertrieben. Geht man davon aus, dass die studentenbewegung an allen Universitäten in der gleichen Auseinandersetzung, um die Organisation des Studiums als Teil unserer Ausbildung zu Revolutionären befindet, dass überall die Diskussionen darüber geführt werden, wie es gelingen kann den Widerstand aus der Universität heraus in die Betriebe zu tragen, dann ist unmittelbar klar, dass darüber diskutiert werden muss, wie diese Publikationen allen Sds-Gruppen zugänglich gemacht werden können. Auf dem Seminar muss daher über die Organisation eines gemeinsamen Vertriebes, sowie gemeinsamer Werbung diskutiert werden. Dabei muss auch besprochen werden, in welcher Weise die bereits existierenden SDS- Buchläden hier einzubeziehen sind. Auch für diesen Teil des Seminars wird eine Materialiensammlung zusammengestellt. Beiträge aller Vorschläge der Gruppen bis zum 2o. Januar an den BV.

AGENTUR

Auf dem Seminar wird gemäß dem Dk-Beschluss eine Agentur eingerichtet werden, die sich einen Überblick über den gesmten Umfang der Publikationen im Verband verschaffen soll; Genossen und Gruppen dazu veranlassen soll ihre Arbeitsergebnisse dem Verband zur Veröffentlichung zu stellen. Die Agentur soll die Vertretung aller schreibenden und publizierenden Genossen gegenüber den bürgerlichen Verlagen übernehmen, sie soll die internationalen verlagskontakte pflegen und die dem SDS übertragenen Übersetzungsrechte, sowie copy-rights verwalten. Die Agentur soll die schreibenden Genossen in die politische Arbeit des Verbandes zurückführen und die Garantie dafür übernehmen, dass die wissenschaftliche Arbeit die im Verband

geleistet wird, auch publiziert werden kann, unabhängig davon wie lange die Nachfrage nach linker politischer Literatur anhält. In welcher Weise die Agentur organisiert wird muss auf dem Seminar entschieden werden.

STUDENTENZEITUNGEN

An beinahe allen Universitäten werden die Studentenzeitungen als Kommunikationsorgan für die Studetnen , die sich im sozialistischen Widerstand gegen die technokratische Hochschul disziplinierungorganisieren immer wicht tiger. Hier steht uns ein Kommunikationsmittel zur verfugung, dessen Bedeutung für unseren Kampf wir bisher noch nicht und und entsprechend genutzt haben. Die studentenzeitunen arbeiten heute isoliert voneinander, sind oft unpolitisch und ästetisch. Auf dem Seminar muss überlegt werden, welche Möglichkeiten es gibt diese zeitungen so umzustrukturieren, das sie zu Kampf- unAgittionsinstrumenten an allen Universitäten werden. Dabei ist besonders nach Formen auch überregionaler Zusammenarbeit zu suchen.

Bis zum 20. Januar bitte Beiträge zum sk-Seminar!

(vom 31.1. - 2.2.69, das Datum auf S. 5 ist ein Tippfehler!)

MÜNCHEN: Revolutionäre Verbindung von Justiz- und Hochschulaktion

Die Arbeit der Münchener Genossen, wie sie die folgende Zusammenstellung darstellt, hat unseres Erachtens auf eine sehr sinnvolle und produktive Weise die Justizkampagne und die Agitation in der hochschule miteinander vermittelt:

> Kritik an der Klassenjustiz hat sich umgesetzt zugleich als Kritik an der Jur. Fakultät, am Autonomieverständnis der Universität, an der manipulierten Öffentlichkeit im Spätkapitlismus.

Die Kampagne griff sowohl in den prozess ein als auch bedeutete sie eine Mobilisation und Agitation der Studenten in der Auseinandersetzung am Arbeitsplatz „niversität. Während sie im Gericht die „isziplinierungsversuche der Opposition durch die „taatsgewalt angriff, zielte sie in derUniversität auf die Infragestellung und Blockierung des Verwertungszusammenhangs von Wissenschaft für die bestehenden Herrschaftsinteressen. Eifert massenhaft den Genossen in München nach!

Genossen, wir müssen -mitten in der Produktion-diesen Beitrag auf den nächsten info verschieben. Mangold ist im Untergrund, Becker muss in Heidelberg aushelfen, um die Kampagne dort zu organisieren. Wir sind jetzt ganz allein im Wald.

Behnken-Knapp- Wolff (R.)

HEIDELBERG: Resolution des teach-ins vom 19.12.68 (s. Info 1 Bericht Heidelberg)

Am 26.Jan.1968 protestierten etwa 150 Studenten gegen die Veranstaltung Zakes (Leiter des Akadem.Auslandsamtes) "Ausländische Studenten singen und tanzen für Heidelberg" in der Stadthalle. Vor Beginn der Veranstaltung forderten sie durch Sprechchöre eine Diskussion über Charakter und Funktion dieser Veranstaltung und des Auslandsamtes. Sie hatten in mehreren Flugblättern in den Tagen vor der Veranstaltung den Sinn dieser Forderung nachgewiesen und die Aktion ausführlich mit Vertretern verschiedener ausländischer Gruppen durchgesprochen. Trotz der grossen Gefahr für die ausländischen Kommilitonen nahmen mehrere von ihnen an der Aktion teil. Zu der geplanten Diskussion kam es jedoch nicht. Statt dessen wurden die Diskussion fordernden Studenten tätlich angegriffen. Unter diesen Umständen zogen sich die protestierenden Studenten in die Vorhalle zurück. Obwohl es technisch keine Schwierigkeiten bereitet hätte, die Veranstaltung zu sprengen, wurde dies unterlassen. Die versammelte Universitäts- und Stadtprominenz und die anwesenden Diplomaten konnten sich so an den Tänzen feingliedriger Asiatinnen erfreuen, statt sich den Fragen über die Bedingungen in deren Heimatländern und die oft miserable Lage der ausländischen Studenten in der Bundesrepublik stellen zu müssen. Gleichwohl war die heitere Stimmung der anwesenden Prominenz gestört worden und Zundel als deren Fürsprecht tat das aus seiner Sicht konsequente: er versuchte durch Anzeigen jene Opfer zu schaffen, die allein den Sinn der gekränkten Prominenz aufzuheitern vermögen. Dabei konnte er zu recht auf die Hilfe der Justiz rechnen. Für die ausländischen Kommilitonen wurde die Stadthallenaktion zum Beginn der Selbstorganisation und der praktischen Kritik am Auslandsamt. Einigen willkürlich herausgegriffenen Studenten soll sie nachträglich zur juristischen Fallgrube werden. Diese wurde sehr sorgfältig vorbereitet:

1. wurde das Verfahren statt wie üblich vor dem Schöffengericht sofort vor der Grossen Strafkammer des Landgerichts eröffnet. Trotz der wiederholten Proteste des Rechtsanwalts wird das Verfahren damit auf eine Tatsacheninstanz verkürzt. Einerseits können so die Betroffenen Studenten schneller fertiggemacht werden, andererseits wird vermieden, dass der Prozess in Heidelberg wiederholt werden muss, was aus dem Prozess der Prominenz der Stadt einen Prozess gegen die Prominenz der Stadt machen könnte. Die Möglichkeiten der öffentlichen Kontrolle werden dadurch entscheidend eingeschränkt; der Lernprozess der Heidelberger Studenten wird auf eine Instanz verkürzt.
2. wurde das Verfahren, dessen Ursache immerhin ein ganzes Jahr zurückliegt, von vornherein so terminiert, dass die entscheidenenden Verhandlungstage in die Weihnachtsferien und speziell zwischen Weihnachten und Neujahr "fallen". Damit wird die Möglichkeit der öffentlichen Kontrolle bauernschlau auf ein Mindestmass reduziert. Dass es sich hierbei um ganz bewusste Machenschaften handelt, zeigt
3. die Verlegung des NPD-Prozesses, der ursprünglich kurzfristig unmittelbar vor dem Stadthallenprozess angesetzt worden war. Dort sollte entweder die Links-Rechts-These bestätigt oder durch ein "liberales Urteil" den Studenten Sand in die Augen gestreut werden. Beides hätte die notwendige Aufklärung für den Stadthallenprozess erschwert. Da sich bei den RNZ-Aktionen zeigte, dass die Studenten auf so faule Tricks nicht hereinfallen und zu befürchten stand, dass der Prozess zum antifaschistischen Tribunal geraten könnte, wurde er genauso kurzfristig abgesetzt wie er angesetzt worden war. Die Begründung lautete, man könne die Sicherheit der Teilnehmer an anderen Prozessen nicht gewährleisten können. Das bedeutet

4. Dass die Justiz ein leeres Haus haben will, um mit allen, die zu der einzigen Prozess kommen mit Hilfe von Polizeiknüppeln ein für allemal abrechnen zu können. Jeder, der kommt, soll wissen, dass er mit allem zu rechnen hat, nur nicht auf sein Recht, die Justiz zu kontrollieren. Die Knüppelei soll jedoch nicht im Gerichtssaal stattfinden. Deshalb werden
5. Eintrittskarten verteilt. Wer die Gepflogenheiten der deutschen Justiz kennt, weiss, was das bedeutet: einen Saal voller Polizeischüler und Polizisten, die in Zivil die ersten Reihen belegen und ein paar Studenten, auf den Rest des Saales versprengt, um sie bei jedem Zwischenruf einzeln greifen zu können und in Ordnungsstrafe zu nehmen.
6. Wird, um diese Machenschaften der Justiz vor jeder Kritik polizeilich abzusichern, Heidelberg planmässig in ein Heerlager verwandelt, in das aus allen Teilen Baden-Württemberg Polizeikräfte zusammengezogen werden.

Da die Angeklagten nur durch eine kontrollierende Öffentlichkeit geschützt werden können, diese Öffentlichkeit jedoch mit allen Mitteln verhindert werden soll, wären die betroffenen Studenten den Machenschaften des Landgerichtspräsidenten, die sich schon in der Prozessvorbereitung eindeutig abzeichnen, dann schutzlos ausgeliefert, wenn wir diese Prozessbedingungen akzeptierten. Indem der Landgerichtspräsident den Opferplatz sorgfältig vorbereitet, entsprach er den Richtlinien des baden-württembergischen Justizministers, der in einem geheimen Treffen der Gerichtspräsidenten diese genau auf solche illegalen Machenschaften einschwor.

Die Teilnehmer des teach-ins ziehen die Konsequenzen und beschliessen daher:

1. Angesichts der Taktik der politischen Justiz, die Öffentlichkeit dadurch auszuschliessen, dass zwischen Weihnachten und Neujahr verhandelt werden soll, einen Strich durch die Rechnung der Politiker im Landgerichtzu ziehen und die Angeklagten aufzufordern, der Verhandlung fernzubleiben. Die Heimtücke der Justiz ruht schon in ihren Terminen; in diesen schon muss sie bekämpft werden. Um dem Gericht jeden Vorwand für eine evt. U-Haft aus der Hand zu schlagen, fordert das teach-in die angeklagten Kommilitonen auf, sich am 8.1.69 um 15.00 h dem Landgericht zu stellen und vor Kohnle persönlich zu erscheinen. Um die Angeklagten von vornherein aus der vom Gericht verordneten Isolation zu befreien, beschliesst das teach- in, sie an diesem Tag massenhaft zum Landgericht zu geleiten. Zu diesem Zweck wird der stellvertretende AStA-Vorsitzende beauftragt, für den 8.1.69 zwischen 14 und 16 h eine Demonstration von der Uni zum Gerichtsgebäude zu beantragen. Für den Fall, dass Kohnle die Weigerung, sich seiner Terminwillkür zu unterwerfen, zum Anlass nimmt, die Angeklagten in U-Haft zu nehmen, statt durch einen Termin die Öffentlichkeit der Verhandlung sicherzustellen, bereiten die hier Versammelten geeignete Aktionen vor.

Diese Resolution wird morgen früh, 8 h der Grossen Strafkammer des Landgerichts überreicht. Zu diesem Zweck wählt das teach-in eine Delegation, die sich gleichzeitig als Aktions-Komitee zur Vorbereitung des weiteren Prozessverlaufs konstituiert.

BEISPIELE HEIDELBERGER AGITATION: Interpol greift zum blitzschnellen Gendarmenverfahren, seine weltumspannenden Fernschreiber rattern- und DIE HANDSCHELLEN EUROPAS WERDEN ENTROSTET!... Alles was einmal an Rechtsgarantien bestanden hatte, ist weggeblasen vom heiSSEN ATEM DER KOOPERIERENDEN RESTAURATION!Über das Asyl der 5 untergetauchten [illegible] Studeten schreibt die gleiche Zeitung , die nur 14 Tage vorher von den Studetnen belagert worden war:... Im Haus im wilden Tal der Servennen...mit einem offenem , Kamin, aber keinen Möbeln, 5 einfachen Pritschen ... an der rohen Wand ein SDS- Plakat ... überall liegen Studienbücher verstreut... bereiten die 5 Genossen ihren Prozess vor. Während im Kamin ein Holzfeuer knistert diskutieren die Genossen über das Risiko der Grenz überschreitung nach Deutschland!In Heidelberg läuff und läuft die Agitation!

ERLANGEN

Genossen,
es scheint, daß Ihr es mit den Infos ernst meint und daß die Gruppen Euch durchn Materialien und Diskussionsbeiträge entgegen kommen. wir befinden uns in einem äußerst schlechtem Zustand bezüglich der Gruppenorganisation und der internen Kommunikationsmöglichkeit. Der "Weihnachtsgruß" der Marburger zeigt, wir sind's nicht allein. Wir haben kein offizielles Zentrum mehr, kein Sekretariat, das verläßlich und verbindlich arbeitet, und keine Projektgruppen mehr, weil sie an Mangel an praxis starben, abgesehen von der HS-projektgruppe, die informell in einem sozunennenden Basisgruppenrat aufgegangen ist. Wenn Ihr dennoch material bekommt, so ist es nur die Initiative einzelner und des Arbeitskollektivs, das sich unabhangig von der alten Gruppenstruktur gebildet hat. Dieses Kollektiv beinhaltet durch seine praktische und theoretische Arbeit und durch seine offene Struktur die Moglichkeit zur Reorganisation des Verbandes, wobei die vielen antiautoritären Leichen und Krüppel wohl aus dem Verband herausgefallen sein werden. Auch wenn diese Reorganisation nicht stattfinden sollte, so ist das Kollektiv die einzige Moglichkeit für jeden einzelnen von uns, die uns psychisch destruierenden Konflikte aufzufangen, die sich durch Studium und Politik, Notwendigkeit der materiellen Reproduktion und Engagement ergeben.
Wir sind voll ausgelastet mit der Arbeit, um die politisch positiven an der HS weiterzutreiben, die Theorie nicht zu vernachlässigen und Voraussetzungen für die materielle Reprodruktion zu schaffen: studieren, studieren, ...
Das bedeutet, daß wir für die Info-Materialien nicht allzuviel Zeit verwenden konnten und sie auch dementsprechend unausgereift sind. Wir informieren halt recht und schlecht, ohne ausreichend zu analysieren. Wir halten es trotzdem für notendig, in die BV-Kommunikation einzusteigen und betrachten unsere Beiträge als erste Lehrversuche.

Mit sozialistischem Gruß Gerd

Adressen:

Baispolitik: Andreas Sabatakakis, 852 Erl. Katiborerstr.2-4 (Medizin)
Gerhard Barnewold 8521 Uttenreuth Gräfenberger- (HS-Proj.gr., Pädagogik) gerstr.21
Evi Eidloth, 852 Erl, Krausnickstr.8c/o Winter (Germanistik)
Bernd Dörken 852 Erl. Schillerstr.46 (Med., Soz.)
Gretel Sieveking 852 Erl. rennestr.38 (Anglistik)
Sybille v. Flatow 852 Erl. Hindenburgstr.9 (Pol.)

Schülerpolitik: Bobby Kurz 85 Nürnberg Bauvereinstr.22

Justiz: Dirk Geldmacher 852 Erl Schlehenstr.26

ASTA: Hanns Hermann Schurig 852 Erl. Vierzigmannstr.16

Zur hochschulpolitischen Strategie und Praxis in Erlangen

I. Um die Scheinmobilisierung der Studenten in den letzten Semestern durch ein abstraktes Demokratie-Verständnis zu vermeiden und die Hochschulpolitik in eine revolutionäre Strategie münden zu lassen, entwickelte die HS-Projektgruppe eine Strategie, den Widerstand gegen die Ordinarien-Uni und die Staatsgewalt von der Basis her zu organisieren. Basisgruppen (BGs) haben die konkreten studentischen Interessen aufzugreifen, durch die Artikulation dieser Interessen am Arbeitsplatz (Vorl., Seminare, Übungen) Konflikte herzustellen und durch die kollektive Einübung in kritische wissenschaftliche Arbeit unter Verwendung der Wissenschaft für weitergehende revolutionäre Praxis Alternativen aufzuzeigen.
Indem sie Ansätze zur Selbstorganisierung des Studiums durch die Studenten zeigen, bilden sie eine Art informeller Doppelherrschaft in den Instituten und Fachbereichen, die einerseits die fachspezifische Ausbildung sprengt und politisiert und andererseits die Möglichkeit für eine kontinuierliche Mobilisierung der Studenten auf Fakultäts- u. Universitätsebene schafft.
Dies erfordert eine Doppelgleisigkeit der Strategie, die darin besteht, daß auf allgemeiner Ebene spektakuläre Aktionen Signale zur Widerstandsarbeit setzen, die die Arbeit der BGs weitertreiben und aus der Politik an der Basis entwickelt werden.
II. Da die Voraussetzungen für die Initiierung dieser Basisarbeit erst geschaffen werden mußten, begann das Semester mit zwei spektakulären Aktionen, die die universitäre Öffentlichkeit zum Addressaten hatten und ein Interesse der Studenten an den inhaltlichen Fragen dieser Aktionen herstellte.
Die erste Aktion bestand darin, daß eine Gruppe von Genossen die Feier des dies academicus störte. Wir haben die Rede des Rektors, die eine Stellungnahme zum HS-Gesetzentwurf darstellen sollte, aber rein lavierendes Geschwätz war, in die Hände bekommen und geeignete Stellen des Textes im Chor wiederholt (siehe Teufel-Effekt auf der Frankfurt-DK), bis wir schließlich die Rede ganz übernahmen und mit feinen stilistischen Änderungen ad absurdum führten.
In dem darauf folgenden teach-in zeigte sich die Mehrheit der anwesenden Studenten zu inhaltlichen Diskussionen bereit. Es kam dennoch nicht zur Initiierung der Basisarbeit, weil selbst den Genossen die Hochschulstrategie nicht bewußt geworden war, denn die strategische Diskussion war nicht über den Kern der Hochschul-Projektgruppe hinausgegangen.
In dieser Situation bot sich eine erneute Gelegenheit zur spektakulären Aktion, die sowohl die Chance hatte, für die Basisarbeit initiierend zu wirken, als auch die Gefahr beinhaltete, auf einer abstrakten Ebene den Mechanismus einer Scheinmobilisierung zu reproduzieren. Es ging darum, daß eine alte Diskussion über die Rahmen-ZPO in der Phil. Fak. wiederaufgenommen wurde, aktualisiert dadurch, daß der Entwurf der Fakultät "verbessert" (vom Ministerium) und zur neuen Beratung zurückgeschickt worden war.
Eine von den Fachschaftssprechern angesetzte Aufklärungsveranstaltung mündete in eine größere Demonstration vor dem Sitzungsgebäude (Schloß) mit den Forderungen nach Öffentlichkeit und Diskussion. Erst nach längerem frustrierenden Auseinandersetzungen zwischen kompromißlerischen und radikaleren Studentenfunktionären stürmten entschlossene Genossen und viele erstsemestrige Jung-Sympathisanten (gesamt ca. 70) das Schloß, stiegen durch zertrümmerte Fenster und sprengten die Fakultätssitzung.
Diese Aktion wirbelte viel Staub auf, führte zu Angriffen auf die Studentenvertreter, die von den Ordinarien verantwortlich gemacht wurden, sich permanent durch lückenlose Indizienketten zu rechtfertigen suchten und sich als frustrierte Reformisten entlarvten.

Hierin lag jene Gefahr der erneuten Scheinmobilisierung ohne Kontinuierlichkeit der Arbeit. Und dennoch entstand bzw. bestand ein Potential von Studenten, die die neue Strategie begriffen hatten und bereit waren, den studentischen Widerstand von der Basis her zu führen. Es bildeten sich Basisgruppen bei den Anglisten und Germanisten, die durch ihre Arbeit exemplarisch für andere Institute wirkten, in denen neue Basisgruppen entstanden. Diese blieben nicht auf die Phil.Fak. beschränkt, sondern die Naturwissenschaftler, Mediziener, Juristen und Theologen haben alle vorerst eine Basisgruppe und versuchen den Durchbruch bei den "unpolitischen" Fakultäten.

III. Die Diskussion in den Basisgruppen über ihr Selbstverständnis ihr Verhältnis zu den Fachschaften (deren linksliberale Funktionäre im übrigen durch ihr selbstsicheres Unverständnis die Arbeit der Basisgruppen oft schwer behindern) und über diedie Integration ihrer Arbeit in eine revolutionäre Strategie weist jeweils wieder auf die gleiche Problematik: Was heißt es, kritische Wissenschaft zu betreiben und sie für die Revolutionierung der Gesellschaft zu verwenden? Welche Rolle spielt die Hochschule und die Wissenschaften für die Gesellschaft, und welche Möglichkeiten bestehen, die Studentenbewegung von ihren Voraussetzungen im revolutionäre Prozesse der Gesellschaft münden zu lassen?
Das Scheitern an der Beantwortung dieser Fragen bei der konkreten politischen Arbeit der Basisgruppen deckt eine Lücke der linken Theorie im Spätkapitalismus auf, der man sich abstrakt bewußt war, die aber heute konkret problematisiert ist und theoretisch bearbeitet werden muß.
Diese Fragestellung hat das Arbeitskollektiv aufgenommen, das aus Genossen besteht, die in der Basispolitik aktiv sind. Es wird versucht, durch selegierende Aufarbeitung der bestehenden Literatur diesem Problemkreis näher zu kommen und gleichzeitig durch die kollektive Arbeit wieder die theoretische Diskussion in den Verband, ohne in Akademismus zu verfallen, da ein praktisches Interesse an der revolutionären Praxis- und Basispolitik dahintersteht.

FRANKFURT: Der Streik weitet sich aus

Vor Weihnachten ist an der Frankfurter Uni ausgehend von der AFE ein AKTIVER STREIK für die ganze Universität eingeleitet worden. Das Seminar für Soziologie (Haber mas Adorno und [illegible]) war von en Studenten besetzt, von der Polizei zurückerobert und vonder Unibürokratie geschlossenworden. Nach Weihnachten sollte der Streik, dash. die Selbstorganisation des Studiums und der Kampf um die Anerkennung dieses Studiums fortgeführt. Die Unibürokratie hat erkannt dass dieser Widerstand nicht mehr mit Appellen zu brechen ist und ruft nach der Polizei, droht mit Justiz und Relegation! (siehe Blatt1) Die Studenten haben diese Kampf ansage angenommen, heute am 8.1. das Institut für Gesellschaftslehre besetzt (siehe Blatt2) und in einer Diskussion mit Kultusminister Schütte(erwurde mit Schmach aus dem Saal vertrieben) die weitere Organisation des Streikes in einer Resolution beschlossen. Es ist damit zu rechnen dass in Kürze die Universität von ihren gelehrten Bürokraten geschlossenwerden wird.
Blatt 3 :Resolution, die auf dem Schütte teach-in verabschiedet wurde.

(1)

Frankfurt/ Rektor fordert zum massenhaften Widerstand auf

An die Studenten der Universität Frankfurt/ (Athen überklebt)

" Im Dezember sind Lehrveranstaltungen in immer stärkerem Ausmaß durch rechtswidrige Aktionen radikaler Gruppen gestört oder unmöglich gemacht worden. Falls diese Störungen, gleichgültig in welcher Form, andauern, ist die Nichtanrechnung von Vorlesungen und Übungen in den betroffenen Fächern, die Schließung von Faultäten oder auch der ganzen Universität die unausweichliche Folge.
Leidtragende bei einer solchen Entwicklung wären Tausende von Studenten, die an ihrem Studium interessiert sind und sich den Verlust eines Semesters nicht leisten können.

Damit es nicht zur Schließung kommt, können absichtliche Störungen des Studienbetriebs nicht mehr geduldet werden. Unbeschränkte Toleranz ist gegenüber ihren Verächtern fehl am Platze: Wer keine andere Meinung außer seiner eigenen gelten läßt, wer keine Reform der Hochschule, sondern die Revolution im Staat anstrebt -wie in der Asta-Information vom 2.Dezember zu lesen war- kann für sich keine Toleranz beanspruchen. Schon einmal sind - in der Republik von Weimar- die deutschen Hochschulen in falscher Toleranz dem Chaos anheim gefallen.

Ab 1.Januar 1969 sind Studentische Vertreter in allen akad. Organen stimmberechtigt. Jeder Student hat die Möglichkeit über seine Vertreter, über die Dekane oder den Rektor seine Vorschläge und Anregungen zur Studien- und Hochschulreform vorzubringen. Alle Vorschläge werden in den akademischen Gremien sorgfältig geprüft werden. Mit Repression, Boykott und Sabotage des Studienbetriebs und der akademischen Selbstverwaltung ist eine Hochschulreform nicht zu verwirklichen.

In Zukunft werden Personen, welche die Lern- und Lehrfreiheit durch ihre rechtswidrigen Aktionen aufheben wollen, sofort den Strafverfolgungsbehörden gemeldet."Besetzungen" von Universitätseinrichtungen haben sofortigen polizeilichen Einsatz zur Folge.

Alle Universitätsangehörigen, die sich der wissenschaftlichen Aufgabe der Universität verpflichtet fühlen, werden aufgefordert , jeden Versuch einer bewußten Störung des akademischen Lebens entgegenzuwirken. Werden solche böswilligen Störungen mit rechtsmäßigen (sic!) und der Situation angemessenen Mitteln unterbunden, so werden die akademische Freiheit und die demokratischen Verhältnisse an der Universität nicht beeinträchtigt, sondern im Gegenteil geschützt- was immer radikale Propaganda behaupten mag.

DAS SEMESTER IST IN GEFAHR, TRAGEN SIE IN IHREM INTERESSE DAZU BEI , ES ZU RETTEN.

Rektor u. Prorektor, Dekane und Vorsitzender d s Rates der AfE

8.1.1969

IST FRANKFURT ATHEN ?

Die Studenten an unserer Universität haben begonnen, ihr Studium selbst inhaltlich zu bestimmen. Die Ordinarienuniversität hat sich unfähig gezeigt, die Reformvorschläge der Studenten zu verwirklichen. Sie hat die Misere an den Universitäten nicht beseitigt.
Die Studenten haben im aktiven Streik den Widerstand gegen die jetzt eingeleitete technokratische Hochschulreform organisiert.

Durch die Besetzung von Instituten und Seminaren haben sie die Wissenschaft aus der die Reform lähmenden Ordinarienherrschaft befreit.

Die Androhung zur Schließung der Universität, der Ruf nach der Polizei, die unverschämte Kumpanei mit den Strafverfolgungsbehörden zeigt klar, daß die Professoren sich mit den Herrschenden solidarisieren, weil sie begriffen haben, daß der Kampf der Studenten ihre autoritäre Verfügungsgewalt über Wissenschaft und die Studenten in Frage stellt.

Die Kampfansage des Rektorats ist der letzte Versuch, längst verlorene Herrschaftspositionen zu retten.

Die Universitätsbürokratie, die die Universität dem Chaos anheimfallen ließ, und nun die Staatsgewalt für ihre Zwecke mobilisiert, ist die gleiche, die die Machtergreifung des Faschismus beförderte oder sie als Tragik der Geschichte hinnahm. Der Faschismusvorwurf der Professoren soll einmal die eigene Verantwortung für das Versagen der Universitäten vor dem Faschismus verdrängen; er soll zum anderen Aggressionen gegen diejenigen mobilisieren, die heute als einzige Faschisierungstendenzen in Hochschule und Gesellschaft wirksam bekämpfen.

Die Universitätsbürokratie versucht wieder einmal, die Studenten in "Studierwillige" und "Störer" zu spalten. Diese Spaltung und die versuchte Mobilisierung der Studenten gegen diejenigen, die angefangen haben, ihr Studium selbst zu organisieren, ist eine Aufforderung zu Denunziantentum und Selbstjustiz. Sie richtet sich gegen die Interessen der Gesamten Studentenschaft.

Der Versuch, in Frankfurt Athener Verhältnisse zu schaffen wird scheitern.

DER STEIN, DEN SIE HOCHGEWUCHTET HABEN, FÄLLT AUF IHRE EIGENEN FÜSSE. DIE REAKTIONÄRE ALLER LÄNDER SIND SOLCHE TOREN !

Das Rektorat hat uns dazu aufgefordert, massenhaft Widerstand zu leisten. Von einer Universitäts-und Kultusbürokratie, die auf die Selbstorganisation der Studenten mit Polizeigewalt und Justizapparat antwortet, haben wir nichts mehr zu erwarten.

DER AKTIVE STREIK WIRD FORTGESETZT !

Heute Abend wird Schütte mit uns über die weitere Organisation unseres Streikes in der ganzen Universität diskutieren.
Zur Vorbereitung dieses Teach-In und zur Organisation des Streiks überall in der Universität treffen wir uns um 14 Uhr im INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN (Rüegg-Seminar).

SCHÜTTE 'TEACH-IN, Hörsaal 6, 17 Uhr

(3)

Frankfurt : Eskalation und Widerstand 8.1.69

Die einzige Antwort auf unseren aktiven Streik, auf die Selbstorganisation unseres Studiums, die den Bürokratien blieb, war der Einsatz und die Androhung von Polizeigewalt und der politischen Justiz.

Unser Streikrecht wird bestritten.

Wie beim Carlo-Schmid go-in wird schon die Diskussion in Vorlesungen als "feaschistischer Terror" (Rüegg) diffamiert und k minalisiert.

Die Forderungen der AfE werden "geprüft"und sonst nichts.

Von bloßen Appellen an die Bürokratien von Notstandsstaat und Universität haben wir nichts mehr zu erwarten .
Der aktive Streik wird mit dem Kampf um folgende Forderungen fortgesetzt:

(1) Rüegg abtreten
(2) Schütte zurücktreten
(3) Anerkennung des Semesters
(4) Anerkennung unserer interfakultativen Selbstorganisation und der Ergebnisse unsere Arbeit
(5) Abzug der Polizei vom Universitätsgelände
(6) Einstellung der politischen Strafverfahren
(7) Vernichtung der schwarzen Listen im Rektorat
(8) Abschaffung des Diszplinarrechts

Vor Erfüllung dieser Forderungen arbeiten Vertreter der Studentenschaft in keinen Universitätsgremien mit.

Die Erfüllung dieser Forderungen müssen wir erkämpfen,
dazu reichen Aktion und Aufklärung an der Universität allein nicht aus. Die Notstandsuniversität ist nur ein Schritt zur Formierung des neuen autoritären Staates.

Des halb werden wir auch außerhalb der Universität die Organisierung des Widerstandes gegen diesen Formierungsprozess unterstützen:

- durch Streiks und teach-ins an den Schulen gemeinsam mit den aktiven Schülern und oppositionellen Lehrern

- durch gemeinsame Aktionen mit Berufschülern

Bei Schließung einzelner Fakultäten werden wir den Widerstand auf die gesamte Universität ausdehnen.

Informationen zur politischen Justiz
MÜNCHEN

Übersicht über die bisherigen Verurteilungen

Von der studentischen Öffentlichkeit unbemerkt, fanden und finden in diesem Jahr eine Reihe von politischen Prozessen gegen Angehörige der APO statt. Wir veröffentlichen hier eine Auswahl von Gerichtsurteilen, die bisher in Münchner Gerichten gefällt wurden.
Für folgende Demonstrationen und politische Aktionen wurden einzelne exemplarisch bestraft:
1) Demonstration vor dem amerikanischen Konsulat gegen Völkermord in Vietnam anläßlich des Jahrestages der deutschen Kapitulation am 8. Mai
2) Aktion gegen die Erhöhung der Straßenbahnpreise
Go-in von 6 Studenten in Polizeiuniform als Protest gegen die Anwesenheit von politischer Polizei bei Teach-ins in der Uni und Nichtbeachtung des in diesem Zusammenhang von Rektor Becker ausgesprochenen Hausverbots.
4) Demonstration gegen das faschistische Regime in Griechenland und gegen die Funktion des Konsulats als Geheimdienstzentrale vor dem griech. Konsulat
5) Protestaktionen im Amerikahaus gegen die amerikanische Aggression in Vietnam im Münchner Amerikahaus anläßlich einer Ausstellung über amerikanische Graphik
6) Osterdemonstrationen

Verurteilungen:

10.5.68 Steinbrecher: S. hatte in der Frauenkirche von der Kanzel gegen gegen den Vietnamkrieg gesprochen. Er wurde wegen Störung des Gottesdienstes zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

18.4.68: Koderer: K. hatte an einem Sitzstreik auf der Straße anläßlich einer Demonstration am 8.Mai vor dem amerikanischen Konsulat teilgenommen. Er wurde wegen Landfriedensbruch in Tateinheit mit Auflauf zu 5 Monaten Gefängnis Einzelstrafe verurteilt.

K. nahm an dem Go-In der als Polizisten verkleideten Studenten teil. Nach einem an ihm verhängten Hausverbot geht er wider in die Uni, um sich eine Unisatzung zu besorgen. Trotz Hausverbotes nimmt er an dem "Linksfaschismus-Teach-In" teil. Er wurde wegen erschwerten Hausfriedensbruches zu einmal 1 Monat und einmal 2 Monaten, also insgesamt zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

K. beteiligte sich am sit-in vor dem Amerikahaus am 8.2.68 Er wurde wegen erschwerten Hausfriedensbruches und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu drei Monaten Einzelstrafe verurteilt.

Die drei Strafen wurden zu einer Gesamtstrafe von 9 Monaten Gefängnis ohne Bewährung zusammengezogen. In der Berufungsverhandlung wurde das Urteil auf 7 Monate mit Bewährung verringert.

18.4.68 Aschenbrenner: Aschenbrenner beteiligte sich ebenfalls an dem Polizisten-Go-In und später trotz Hausverbots am "Linksfaschismus-Teach-In". Er wurde in der 1. Instanz zu vier Monaten ohne Bewährung verurteilt. Die Berufungsverhandlung erbrachte 4 Monate mit Bewährung.

22.5.68 Wetter: W. verteilt Flugblätter in der Straßenbahn gegen Fahrpreiserhöhung ohne selbst zu zahlen. Wegen Beförderungserschleichung erhält er 2 Wochen Gefängnis.

Berufungsverh.: 8 Monate Jugendgefängnis o.B.

Polizisten Go-In = 2 1/2 Monate Gef.
Demonstration Griech.Konsulat: schwerer Landfriedensbruch in Tateinheit mit Aufruhr = 1 Jahr Gefängnis; Demonstr. Amerikah.= ersch.Hausfried.= 3Monate ;alles: 1 Jahr o.B.

BERLIN: Eine Antwort auf versuchte Relegationen

In Berlin war vor Weihnachten an einigen Instiuten ein AKTIVER STREIK organisiert worden. Die Kampfmittel waren Befreiung von Instituten(Besetzung und Organisytion eines eigenen Lehrbetriebes), GO-IN in andere Vorlesungen(Agitation der übrigen Studeten) sowie Aussperrung reformunwilliger und reaktionärer Professoren. Diese Umstrukturierung in Teilbereichen der FU konnte die Uni-und Kultusbürokratie nur mit der Einleitung von 14 Relegationsverfahren beantworten. An vielen Instituen wurden Vollversammlungen durchgeführt, die Solidaritätsstreiks undandere Solidariätsaktionen beschlossen haben. Das hier abgedruckte Paper stellt den Versuch dar, die Ansätze in den einzelnen Instituten zusammenzufassen und die Funktion der Universität für den revolutionären Kampf genau zu bestimmen.

Kampfslogan der Berliner Soziologen:
"ERLERNT DEN BERUF IM KLASSENKAMPF"

Genossen und Genossinnen! Berlin, den 3. Januar 1969

Angesichts der Relegation und der Vorbereitung eines Streikes haben sich einige Genossen, die in der Vergangenheit oder zur Zeit aktiv an der Hochschularbeit beteiligt waren bzw. sind, sich hingesetzt, um eine Einschätzung der Situation einer möglichen Perspektive zu erarbeiten. Um die Diskussion über die organisatorischen Konsequenzen für den SDS und die konkreten Maßnahmen für den Streik zu beraten, haben wir für

~~Montag~~, dem 6.1.69, 18 Uhr Wi-So-Fak, Hs 104

gemietet.
Wir möchten vor allem die Genossen, die bisher oft in aufopfernder Kleinarbeit in den verschiedenen ad-hoc-Gruppen oder sonst wo in dem Universitätsgestrüpp gearbeitet haben, auffordern zu kommen. Wir meinen, daß die Arbeit an der Hochschule im Sinne des papers nur geleistet werden kann, wenn die einzelne Arbeit in einem Diskussionszusammenhang mit allen Punkten einer langfristigen Strategie gestellt wird. Die etwas gelinde gesagt beschissene Lage kann nur aufgehoben werden, wenn sich alle Genossen, die sich für die Hochschularbeit interessieren, in der nächsten Zeit konzentriert und gezielt an ihren Instituten und Seminaren und in den ad-hoc-Gruppen Agitation treiben.

Dieses Treffen soll der Vorbereitung dieser Agitation und der konkreten Maßnahmen dienen. Es ist notwendig, daß die Genossen, die kommen, sich darüber im klaren sind, daß in der nächsten Zeit ungeheure Mengen von Arbeit auf sie zukommt.
Eure Teilnahme muß als Selbstverpflichtung für diese Arbeit angesehen werden.

Für Euch alle
Genossen des AStA und der
ad-hoc-Gruppen

Resolution der Protestversammlung vom 19. Dez. im Otto-Suhr-Institut und im Audi-Max

==========

Die versammelten Studenten sind entschlossen, die persönliche Existenz aller Studierenden als wissenschaftlich Arbeitende und die Autonomie der Institute zu verteidigen. Sie sehen in der Einleitung von Disziplinarverafhren die verstärkte Fortsetzung der Politik der staatlichen Disziplinierung der Studenten und die Blockierung des Ansatzes einer strukturellen und inhaltlichen Demokratisierung der Institute. Sie verwahren sich entschieden gegen den Versuch der staatlichen und universitären Bürokratie

1. die Entscheidungsgewalt über Inhalt und Form von Forschung und Lehre der autonomen und öffentlichen Willensbildung aller am Wissenschaftsprozeß Beteiligten zu entziehen
2. durch Kriminalisierung der politisch oppositionellen Studenten u. die dadurch erzeugte Angstpsychose mit den Mitteln der administrativen Gewalt die Unterordnung der Studenten unter die Kontrolle der Seminarleiter u. Institutsdirektoren zu erzwingen;
3. die "Störungen" von Lehrveranstaltungen, die einzig den politischen Skandal der Relegation der 18 Studenten der Filmakademie öffentlich machen sollte, als Anlaß zur Kriminalisierung u. Bedrohung der studentischen Opposition überhaupt nehmen. Die Versammelten sehen in der Wiederbelebung der Disziplinargerichtsbarkeit eine Erscheinungsform u.a. der Notstandsgesetzgebungspraxis u. protestieren dagegen, daß ausgerechnet die Studenten, die sich -z.T. als gewählte Sprecher der Studentenschaft- aktiv in die Institutspolitik eingeschaltet haben, mit der Relegation bedroht werden. Wir können dem politischen Widerstand nicht auf die Zeit nach dem Studium verschieben, da gerade in der Berufspraxis die pol. Repression ungleich verschärfter einsetzt. Schon aus Solidarisierung mit den Lehrern, Gerichtsreferendaren, Sozialarbeitern u.a., denen in der Ausbildung u. Lehrpraxis mannigfache Schwierigkeiten bereitet werden, müssen wir hier u. heute gegen jeden Versuch der politischen Disziplinierung einschreiten. Wir fordern: -Abschaffung der Hausordnung - -Einstellung der Verfahren. Falls bis Ende des Jahres die Verfahren nicht eingestellt sind, verpflichten sich die Versammelten, zu Beginn des nächsten Jahres einen allg. Streik zu organisieren. Zu Beginn des Streiks soll eine VV aller Fakultäten stattfinden, auf der konkrete Gegenmaßnahmen diskutiert und beschlossen werden sollen. Wir fordern die Lehrenden der FU auf, die Forderungen der Resolution zu unterstützen u. sich an der Vorbereitung der Aktionen zu beteiligen. Folgenden Kommilitonen droht ein Relegationsverfahren: Phil. Fak. (Antrag Rektor): Stuckart, Rudert, Gäng, Stelzer, Beese, Masuch. Jur. Fak (Antrag Dekan): Hein, Gesell, Turck, Reimann. OSI (Antrag Rektor): Funke, Schweichel, Treulieb. Aufgrund der eingeleiteten Ordnungsverfahren trat der geschäftsführende Direktor des OSI, Prof. Ansprenger, zurück. Begründung: Diese Maßnahmen desavouieren die Reformbemühungen am OSI. Wir wünschen Euch allen trotzdem frivole Weihnachten u. hoffen, daß Ihr ausgeruht u. gestärkt durch den Weihnachtsbraten im neuen Jahr den Kampf für eine demokratische Universität wieder aufnehmen werdet. AStA FU

Zur Strategie an den berliner Hochschulen

BEREITET IM STUDIUM REVOLUTIOMÄRE BERUFSPRAXIS VOR!

Zur Situation:
Die Mobilisierung der Studenten an dne Universitäten muß die Strategie dre Konterrevolution - des Berliner Senats - berücksichtigen,um in den Aktione n nicht Bestandteil des strategischen Kalküls dieser Konterrevolution zu werden.
Die Vorbereitung der Mobilisierung muß eine Selbstkritik der studentischen Praxis in dan letzten Monaten beinhalten,den Unterschied und die Ungleichzeitigkeit zwischen den realen Verhältnissen an den Universitäten und den realen Verhältnissen innerhalb der Sammlungsbewegung der organisierten Linken beachten.Gleichzeitig muß anhand der letzten Einsch üchterungsversuc hen/ und der Maßnahmen des Berliner Senats das Bild rekonstruiert werden,da das der Klassengegner von diesen Verhältnissen hat.Bei dieser Rekonstrukti on lassen sich drei Etappen des Vorgehens aufzeigen:

1. Nach dme Vietnam-Kongreß (Februar 68) und den Osterdemonstrationen (April 68) war es ein Hauptanliegen des Berliner Senats,die studentische Opposition aus der Stadt in die Universität zurückzudrängen. Die politische und wirtschaftliche Situation West-Berlins sollte nach den Vorstellungen der rechten SPD-Führung weiterhin definiert werden durch den Einfluß der westdeutschen Großkonzerne und der politischen Bindung an die große Koalition der Bundesrepublik.D.h.man mußte den Versuch unternehmen,politische und wirtschaftliche Reformprogramme für West-Berlin wirksam zu sabotieren.Das geschah durch den politie s chen Druck innerhalb der SPD,durch Attacken gegen die kleine Koalition SPD/FDP und durch polizeistaatliche Maßnahmen gegen die Außerparlamentarische Opposition.Ziel dieser Politik ist die Aufrechterha ltung des status quo,Zerstörung jedes politischen Reformprogramms und die Tendenz der Wiederherstellung der Großen Koalition inWets-Be lin um diese Aufgabe der Perspektivlosigkeit erfüllen zu können. (OSI-Streikpapier S. 1-3).Während des Vietnam- Kongresses gab es für den West-Berliner Senat zwei taktische Konzepzionen der Eindämmung des Einflußes der Außerparlamentarischen Opposition: a)das Rezept des polizeistrategischen Einsatzes,der Kriminalisierung oder der physischen und psyschischen Liquidierung dieser Opposition (Politikerkaste um Neubauer, Sickert,brill,Amrehn) ubd b)der tendenziellen Zurückdrängung der reformwilligen Studenten an die Universität,in der nach technokratischen Gesichtspunkten die Studuenreform durchgeführt werden sollte.Diese Technokraten um Löffler, Stein,Korber hofften dadurch,den "sekundären Solidarisierungseffekt" der Masse der Studenten mit dem "harten Kern" der Linken, der bei einem massiven Polizeieinsatz eingetreten wäre, zu unterlaufen, um die reformrfeudigen Studenten für ein technokratisches Reformprogramm zu begeistern und um den SDS zu isolieren. In der Vorstellung des Senats kommt es in der Universität im wesentlichen auf zwei Gruppen an:a) den"harten Kern" der SDS-Sympathisanten und b) dre linksorientierten Mittelgruppe der Studenten, die aif ungefähr 44% beziffert wird, die man aber als reformwillig interpretiert, weshalb dre überstarke Einsatz allzu heftiger Mittel gegen den "harten Kern" verhindert werden muß(siehe SDS-Broschüre). Denn gerade die polizeistaatlichen Maßnahmen brachten diese Mittelgruppe auf die"revolutionären Irrwege" des SDS.Dieser Gegensatz im Apparat zwischen der Politikerkaste der Reformer u. der Staatsfaschisten mußte ansatzweise nach Ostern ausgeräumt werden, weil nach dem Attentat auf Rudi D. polizeistaatliche Überfälle auf die Opposition nicht durchgeführt werden konnten, ohne Resonanz auf die Gewerkschaften in der Notstandskampagne, aber vor allem, ohne Resonanz im Ausland hervorzurufen,
2. Der Rückzug der Studenten von der gesellschaft in der Universität erfolgte nach dem Scheitern der Anti-Notstandskampagne, und die Symbolische Besetzung der einzelnen Fakultäten und Institute gab den Reformern das Startzeichen, den Inhalt dieser Besetzungen ("Vom Ptotest zum Widerstand") zu ersetzen durch eine reformistische Politik("Vom Widerstand zur OSI-Satzung"). damit

vermeinten sie, die wirklichen Interessen der Studenten anzusprechen, und sie in der "positven" Reform von der "Linksradikalen" Politik des SDS zu trennen. Die Diskussion über die Reformen und das OSI-Experiment sollte einmal die Studenten endgültig von der gesellschaftlich revolutionären Praxis fernhalten, die Isolation des SDS vorantreiben, und die studentischen Aktivitäten zersplittern, auf Spezialprobleme lenken, um so zentrale Aktionen der Studenten überhaupt unmöglich zu machen. Dieser Strategie der Reformer des Staatsapparates entsprach die praktizistische Gegenreaktion der Linken, die an der philosophischen Fakultät, der Hochburg der Linken, Modelle von Drittelparität und Mitbestimmung und der Auflösung der Seminare ausarbeiteten, und schließlich sogar zur Besetzung des Philosophischen Seminars schritten, ohne die Studentenschaft über diese Aktionen in Strategischer Absicht aufzuklären, sondern diese stattdessen von der sektiererischen Position der "echten Revolution" abqualifizierten und belächelten, um darüber selbst die strategischen Probleme der Universitätsrevolte zu verdrängen.

3. Die dezentralisierte Hochschulpolitik fand ihren Höhepunkt, als auf Anraten der Reformer an der Filmakademie das Experiment gewagt wurde, den "harten Kern" direkt anzugreifen, ohne Solidarisierung befürchten zu müssen. Eine starke Gruppe von Genossen der Filmakademie hatte es erreicht, diese Akademie als Instrument des Kapitalismus zu zerstören, um aus dieser Akademie ein Institut für Propaganda der Revolution zu machen. Die politischen Instanzen mußten von ihrem Selbstverständnis her militant zuschlagen, vor allem, wegen der niedrigen Teilnehmerzahl bei den direkten Aktionen gegen die Justiz, insbesondere bei der Aktion am Tegeler Weg vom 4. November, wo außerdem innerhalb der Linken eine zeitweilige Distanzierung zu beobachten war. Die Schwierigkeit der Mobilisierung der Studenten für die Relegierten schien den strategischen Überlegungen des Berliner Senats recht zu geben. Die Reaktion der Linken waren dezentralisierte Besetzungs-und Streikversuche an den einzelnen Fakultäten und schien den Gegensatz zwischen "hartem Kern" und Reformgruppe zu vertiefen. Diesen Prozeß forcierte das im Oktober erlassene Vorschaltgesetz, das die in Ansätzen, und besonders im OSI vorhandenen, schein baren Reformbewegungen honorieren sollte. Die Reformwilligkeit des Senats wurde attraktiv der Mittelgruppe vor Augen geführt. Die technokratische Hochschulreform, wie sie an der Universität durchgezogen werden soll, steht also in echt deutscher Tradition unter der Schirmherrschaft des alten Bismarck; es zeigt sich der Januskopf von Neubauer und Löffler - hie Knüppel, da Zuckerbrötchen.

Wir haben uns auf diese preußischen Technokraten einzustellen. So, wie nach der Reglementierung der Filmakademiker durch eine zentralisierte Aktion, deren Institut hätte besetzt werden müssen, so darf als Antwort auf die Reglementierungen der FU nicht die dezentralisierte Hochschulpolitik der Übefreiten Gebiete" weiter durchgeführt werden, noch darf man auf die "väterliche Einsicht" der Reformer hoffen. Unsere Strategie muß die Bedürfnisse und die ungleichzeitigen politischen Vorstellungen der Studenten aufnehmen, um daraus eine Offensivstrategie gegen den Westberliner Senat und gegen das Kapital zu entwerfen. Die erste Phase dieser Strategie heißt Abwehr, tendenzielle Mobilisierung aller Studenten in allen Fakultäten, um dann in der späteren Phase die Struktur der Universität und der Gesellschaft direkt anzugehen.

Die technokratische Hochschulreform hat für die nächsten 2o Jahre den Produktions- und Reproduktionsprozeß des westdeutschen Monopolkapitals zu berücksichtigen. Sie muß dafür sorgen, daß a) die weitere Automatisierung der Industrie ein hochspezialisiertes Personal findet, das b) an der Universität in kürzester Zeit bei möglichst geringen Kosten für diesen Spezialberuf diszipliniert wird, denn von wissenschaftlicher Ausbildung kann keine Rede mehr sein. Die Rationalisierung der Universität als Bestandteil der kapitalistischen Produktion empfindet in der Gegenwart die Ordinarienuniversität als unproduktiv und irrational, ein Zustand, den sie langfristig beseitigen muß, damit die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleibt.

Aus dieser Abwehr entstehen die revolutionären Gegenmaßnahmen gegen die Ordinarienuniversität, aber auch gegen den Kapitalismus.
Diese erste Etappe ist geprägt durch den Kampf gegen das Prüfungssystem, gegen die Ordinarien-Vorherrschaft, für Kontrolle der Produktionsmittel, d.h.Kontrolle der Finanzen, die den einzelnen Lehrstühlen zur Verfügung stehen, und die Überführung der finanziellen Mittel für studentische wissenschaftliche Projekte.

Zur längeren Perspektive des Kampfes der Studenten

(I) Damit die allgemeine Mobilisierung der Studenten nicht abstrakt und für den einzelnen perspektivlos bleibe, versuchten wir die eigene Studienpraxis zu revolutionieren, d.h., die Rebellion ins Studium hinein zu verlängern. Es begann die Kampagne zur Umgestaltung des Studiums und der Wissenschaften nach unseren Bedürfnissen. Darunter verstanden wir die Befreiung des Studiums von irrationalen Zwängen, als da sind Prüfungen, Grundstudium etc. Wir forderten die Selbstbestimmung der Studieninhalte und Arbeitsbedingungen. Wir hofften, daß "kritische Theorie" und Kritische Universität diesen Bedürfnissen Rechnung tragen könnten. Der Kampf gegen Ordinarienuniversität, für "1o%" (OSI) und "autonome Sektoren" sollte uns die Freiplätze verschaffen, in denen wir uns selbst bestimmen könnten.
Diese Forderungen waren progressiv und reaktionär zugleich. Progressiv, weil wir ganz richtig den Versuch machten, uns selbst und die Wissenschaft dem Kapital zu entziehen; progressiv ferner, weil in der Parole "Selbstbestimmung der Produzierenden über ihr Produkt und die Produktionsbedingungen" die Perspektive der Befreieung der Arbeiterklasse aufleuchtete. Reaktionär, weil die Ablehnung von Fremdbestimmung und die Forderung nach Selbstbestimmung in der Regel der kleinbürgerlichen, ideologischen Fiktiob erlag, die unmittelbaren individuellen Bedürfnisse des einzelnen Studenten mit den fundamental revolutionären Bedürfnissen gleichzusetzen, die nur das Proletariat verkörpern kann. So forderten wir in Wirklichkeit für uns Schrebergärten, in denen wir uns als Privilegierte tummeln könnten. Unser Kampf gegen die irrationalen Studienbedingungen verkümmerte unter diesen Bedingungen zum Kampf um bloß formal- didaktische Studienreform. d.h.um bequemere Arveitsbedingungen.
So konnte es kommen, daß wir- anläßlich der Relegation von 18 Genossen der Filmakademie- diesen Schlag der Staatsgewalt glaubten damit beantworten zu müssen, daß wir im Philosophischen Seminar eine Debatte über die Erweiterung des studentischen Sektors eröffnaten. Das war nicht Konkretion, sondern Pseudo-Konkretion ! Wir dürfen Schläge des Staatsapparats nicht mit der Androhung langfristiger Wühlarbeit beantworten.Die abstrakte Gesamtmobilisation steht in Gefahr, durch einen Partikulraismus abgelöst zu werden, der die Vereinzelung der Studenten und damit ihre individuelle Diszinierbarkeit vorwegnimmt..
(II.)wo wir dem etablierten Wissenschaftsbetrieb "kritische Wissenschaft"entgegen setzen - in ;autonomen Sektoren", - selbstorganisierten Seminaren etc. - fielen wir hinter unsere eigene Wissenschaftskritik zurück: wirwußtenm, daß "reine Wissenschaft" eine ideologische bürgerliche Fiktion ist. Also hätten wir einer schmutzig mit den herrschenden Interessen verfilzten offiziellen Wissenschaft eine schmutzig mit den unterdrückten Interessen verfilzte Wissenschaft entgegenzusetzen gehabt, nicht aber die Neuauflage der expertokratisch elitären Vorstellung von "reiner Wissenschaft", diesmal als "kritische Wissenschaft". Der reaktionäre oder revolutionäre Charakter einer Wissenschaft ist durch ihre tatsächliche Funktion innerhalb des gesellschaftlichen Sxystems bestimmt.(Wir wissen, wie auch kritische Wissenschaft zur Stabilisierung des Spätkapitalismus beitragen kann; da nämlich,wo sie nur zur Gesinnung, nicht aber zur revolutionären Praxis taugt.) Taugt dementsprechend reaktionäre Wissenschaft zu reaktionärer Praxis, so hat ihr wirkliche Kritik ihr theoretisches und praktisches Zentrum da, wo diese reaktionäre Wissenschaft ihre wirkliche Praxis hat: in den Institutionen und Berufen, in denen dafür gesorgt ist, daß wissenschaftlich qualifizierte Menschen ihren spezifischen Beitrag zur Aufrechterhaltung und Rationalisierung des Spätkapiztalismus leisten.
Revolutionäre Wissenschaft beginnt dement-

Die Aktionen der Studenten in den letzten drei Jahren gefährden die Umstrukturierung der Universität, den kapitalistischen Produktionsprozess; sie sind im Sinne des Kapitals tote Kosten. Diese Aktionen der Studenten haben es andereseits ermöglicht, daß die Gegensätze im Apparat zwischen den professoralen Fachidioten, den preußischen Technokraten und den staatsfaschistischen Bürokraten punktuell ausgeglichen wurden. Um die zersplitterung der Studenten aufrechtzuerhalten, wird die technokratische Hochschulreform versuchen, alle zentralisierenden Organe der Studenten abzuschaffen(Auflösung des AStA und des Konvents, Verbot des SDS), um dafür die Konzession von Instituts- und Fakultätsräten zu geben, die nach der Drittelparität geformt werden. Die Relegationen sind Momente der Einschüchterung der Studenten, der Bestrafung und der Demoralisierung, während die Konzessionen die Befriedung der eroberten Gebiete ("Sear ch and destroy") einleiten.Die Hochschulreform unter technokratischem Vorzeichen mit ihrem bürokratischen Konzessionen umd Relegationen, ist vergleichbar mit der "konzertierten Aktion' des wirtschaftsminister Schiller im Rahmen der NS- Gesetzgebung.Die Konzession der Mitbestimmung innerhalb der Strategie der polizeistaatlichen Disziplinierung der Gesellschaft im Interesse der Steigerung der Produktionskapazität der Wirtschaft ist in Wirklichkeit selbst Disziplinierungsmaßnahme, um die Gewerkschaftsbürokratie in den Staats-und Wirtschaftsapparat zu integrieren, und sie gleichzeitig von den Interessen der Arbeiter zu entfremden.Spiegelbilder dieser Gesellschaftskonzeption bieten in Frankreich der 'Gaullismus! mit seiner Wach-und Schließgesellschaft K. P. F. und C. G. T. und in England die Labour-Regierung mit ihrer kapitalhörigen'incomes policy'. Diese gleiche Funktion hat dei Drittelparität in der Universität, wenn die Studenten nicht gleichzeitig die Kontrolle der Prüfungsbedingungen, der Forschungsgelder und der Forschungsprojekte zugestanden wird. Soll die Relegation vereizelung der Studenten bedeuten, so heußt Drittelparität in den vereinzelten Institutsräten Partikularismus, von dem aus gesellschaftliche Zusammenhänge nicht mehr gesehen werden können.In den Instituten kämpfen die Studenten im Sinne der technokratischen Hochschulreform gegen die Ordinarienuniversität und nicht mehr für eine sozialistische Gesellschaft. Der Trick der technokratischen Hochschulrefo rm ist zwar einfach und durchschaubar, aber wirksam wird diese Art von Hochschulreform nicht der Solidarität der Studenten entgegengesetzt. Soll diese Solidarität konkret werden. so muß eingegangen werden auf die Berufserwartung umd auf die Existenz der des nicht mehr Studierenden als Revolutionär in einer feindlichen Gesellschaft. Die Studenten haben durchaus eine Einsicht in ihre Studiensituation; diese bestimmte auch ihr antiautoritäres, revolutionäres, nicht-reformistisches Bewußtsein; sie besitzen aber auch genugZynismus,die Unsinnigkeit der Wissenschaft zu beurteilen, die an ihrer Universität betrieben wird, und erkennen in den Übungen und Seminaren und Prüfungen die Disziplinierung, der sie unterworfen werden, um an die Befehlsverhältnisse des technokratischen Faschismus angepaßt zu werden, aber: sie unterwerfen sich dieser psychotherapeutischen Behandlung, solange die Studentenrevolte keine Alternative anbietet und nicht unmittelbar eingeht auf ihre Studien- und Berufssituation. Wir dürfen nie vergessen, daß die Universität nur Durchgangsstadium für die zukünftigen Lehrer, Juristen, Techniker, Ingenieure, Politologen, Mediziner, etc. ist. Hier an der Universität müssen die zukünftigen Revolutionäre geformt werden, die in den Aktionen nicht nur Mittel der tendenziellen Revolutionierung der Universität und der Gesellsehaft sehen, sondern auch Mittel für die Berufsausbildung. Die Grundkonzeption der Offensivstrategie der Linken muß in das Verhältnis von Reform und Revolution die spätere berufliche Existenz der Studenten mit-einbeziehen. Es müssen bereits auf der Universität die Methoden eingeübt werden, mittels derer diese spätere berufliche Existenz eine revolutionäre Existenz sein kann. Die Abwehr der technokratischen Hochschulreform nimmt die Konzession auf, wendet sich aber entschieden gegen Hausordnungsdrohungen oder gegen die Reglementierungen.

Grundsätzliche konkrete Forderungen

Zu der praktischen Umsetzung der oben ausgeführten Perspektiven sind die folgenden institutionellen Forderungen durchzusetzen. Nur in diesem Zusammenhang verlieren einige der bisher aufgestellten studentischen Forderungen ihren revisionistischen Charakter.

I. Autonome, studentische Sektoren

Die Erfordernisse der späteren sozialistischen Berufspraxis verlangen dieSelbstbestimmung der Organisation und Lehrinhalte des Studiums durch die Studienkollektive. Wir müssen beginnen, die Berufsbedingungen zum Gegenstand unseres Studiums zu machen, d.h. z.B. für die Germanisten: sie müssen studieren, welche Rolle Goethe im Deutsch-Unterricht, der Deutsch-Unterricht in der Schule und die Schule in der Gesellschaft spielt.Sie müssen studieren, wie sie aus der Schule als Mittel der Unterdrückung eine Schule der Emanzipation machen, d.h. allgemein: wir müssen lernen, im Beruf, in dem wir selbst abhängig bei anderen Abhängigkeiten erzeugen sollen, diese gemeinsam überwinden. Um das zu erlernen, müssen wir uns bereits im Studium an den Kampf der Abhängigen praktisch beteiligen.
Wir fordern deshalb an unseren Studienplätzen (Seminaren und Instituten) autonome, studentische Sektoren, die den Ordinarien und damit den uns aufgezwungenen Studienbedingungen entzogen sind.

II. Veränderungen und Abschaffung der Prüfungen

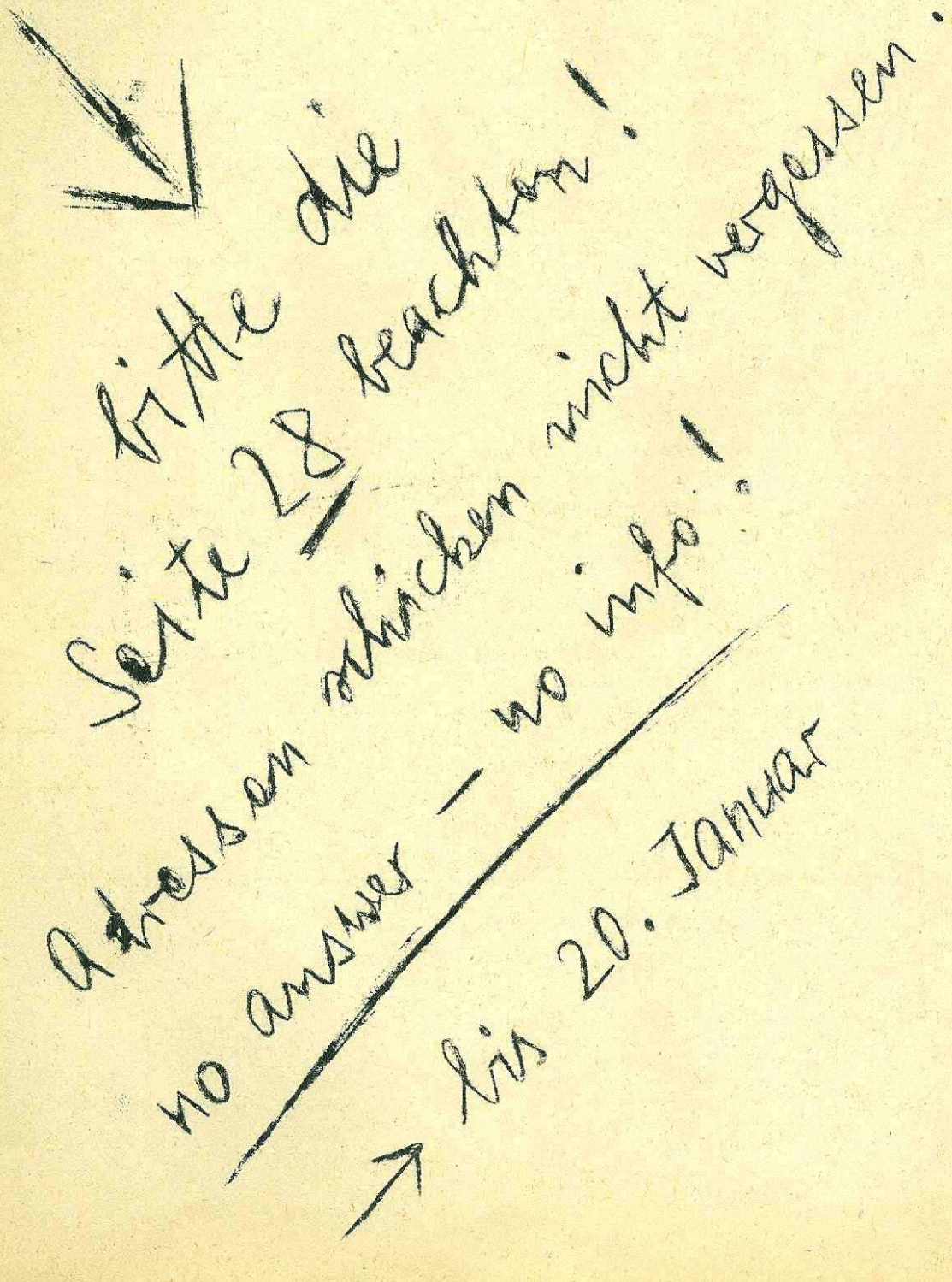
Zur Zulassung für die Berufsausübung wird ein Zertifikat in Form von Abschlußprüfungen verlangt, eine Übung, deren Wert bereits von lernpsychologischen und bildungstheoretischen Gesichtspunkten her verneint wird.Diese sind der Abschluß der Rohrstockerziehung im Studium. Der Schlauch solcher Prüfungen dient zur Kontrolle, ob die im Studium einzuübende Anpassung an die späteren Berufserfordernisse gelungen ist.
Unsere Forderung muß lauten: Prüfungen dürfen nur den Charakter von öffentlicher Kritik der Arbeitsergebnisse der Studienkollektive haben, d.h.laßt Euch nicht mehr von den Professoren über von ihnen willkürlich bestimmte Themen prüfen, sondern prüft die Professoren, ,ob sie in der Lage sind, sich mit Euren Fragestellungen und Ergebnissen auseinanderzusetzen. Grundsätzlich und langfristig müssen wir auf die Abschaffung der Prüfungen überhaupt hinarbeiten, um dem Kapital die Kontrollmöglichkeiten über das verlangte Wohlverhalten der Abhängigen zu entziehen und es damit zu verunsichern. Dies können wir nur durchsetzen, wenn wir kollektiv und in relevanter Zahl die Prüfungen verweigern, und Kapitalisten und ihre bürokratischen Helfer vor die Alternative stellen, auf notwendige Arbeitskräfte zu verzichten oder diese ungeprüft einzustellen.

III. Vollversammlung als oberstes Entscheidungsorgan in neuen Satzungen

Um die genannten Studienveränderungen durchzusetzen und dauernd neu materiell abzusichern, benötigen wir Entscheidungsstrukturen, in denen wir der Macht der Ordinarien die Macht der grösseren Zahl entgegensetzen können. Die Erfahrung mit der neuen OSI-Satzung zeigt uns, daß die studentische Beteiligung an Repräsentativen Vertretungskörperschaften eine Art von Mitbestimmung

darstellt, die der Integration und Verschleierung der wirklichen Machtverhältnisse dient. Sie räumt uns einzig ein Mitrederecht über Dinge ein, über die wir keine materielle Verfügungsgewalt haben. Die Macht der grösseren Zahl erreichen wir nur über das Institut der Vollversammlung, das folgende Kompetenzen besitzen muß: a) Entscheidung über die Einstellung aller wissenschaftlichen Angestellten, b) Entscheidung über die Verteilung sämtlicher im Institut verwandten Mittel, c) Bestimmung und Kontrolle einer vorläufig noch notwendigen Prüfungsordnung.

BEREITEN WIR IM STUDIUM REVOLUTIONÄRE BERUFSPRAXIS VOR !
ERLERNEN WIR UNSEREN BERUF IM KLASSENKAMPF !



Presseerklärung des Bundesvorstands: Zur Politik des SDS an den Universitäten und Hochschulen

Der bundesrepublikanische Staa hat sich mit der Politik der staatlichen Investitionen und Planungshilfen, der Konzertierten Aktions- und Lohnleitliniepolitik, der Kontrolle der öffentlichen Haushalte durch die mittelfristige Finanzplanung und durch die politische Herrschaftssicherung mit den Notstandsgesetzen autoritär verfestigt.

In dieser Situation der relativen Stabilität des Systems wird der Versuch unternommen, die Universitäten, den scheinbar letzten Ort in dieser Gesellschaft, an dem gesellschaftskritisches Bewußtsein sich in politischen Kampf umsetzt, mit Hilfe technokratischer Reformen zu disziplinieren. Disziplinieren meint hier, die Universitäten so umzustrukturieren, daß sie für den Verwertungsprozess des Kapitals unmittelbar einsetzbar werden (Verkürzung und Verschulung elitär gestufter Ausbildungsgänge; numerus clausus, Einschränkung der Grundwissenschaften an den PHs; Verweigerung der Reform des Ingenieurschulstudiums; sowie Haus- und Disziplinarordnungen zur Relegation politisch unliebsamer Studenten).

Die technokratische Hochschulreform hat für die Universitäten Objektiv die Funktion von Notstandsgesetzen: die bestehenden Widersprüche sollen autoritär kanalisiert und in Verwaltung genommen werden, nicht aber gelöst werden ! Was die "ohnmächtige Ordinarienuniversität" nicht geleistet hat -die Umwandlung der Universitäten in autoritäre fachidiotische Lernfabriken- sollen die neuen Hochschulgesetze nachholen.

Das Ziel der sozialistischen Studenten in der überall in der BRD vorangetriebenen Hochschulrevolte ist es, den regulären Ausbildungsprozess in den Universitäten den Herrschafts- und Verwertungszusammenhängen des bundesrepublikanischen Kapitalismus zu entziehen und diesen Ausbildungsprozess in Teilbereichen der Bestimmung durch die Bedürfnisse derjenigen Studenten zuzuführen, die in ihrem spezifischen Studium Elemente des Kampfes zur revolutionären Umgestaltung disser Gesellschaft entwickeln.

Der Kampf gegen die technokratische Hochschulreform für die Befreiung der Universitäten ist gekennzeichnet durch:

(1) das systematische Eingreifen in den Lehrbetrieb als das beständige Problematisieren der Verwertungszusammenhänge von Wissenschaft;
(2) den Kampf um den Abbau der irrationalen Herrschaftsansprüche der Ordinarien in der Aufhebung der autoritären Arbeitsweise in den Seminaren und der Verfügungsgewalt über die Lehr - und Forschungsprogramme;
(3) die Provokation von Satzungsdiskussionen mit dem Ziel effektive Mitbestimmungsformen der Studenten(mindestens Halbparität) zu erkämpfen und gleichzeitig befreite Gebiete in den Universitäten zu schaffen, in denen eigene Lehr- u. Forschungsvorhaben durchgeführt werden können;
(4) die Organisation von Streiks und Aussperrung sich der Reform entziehender Professoren als Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung studentischer Forderungen.

Die Revolte der sozialistischen Studenten versteht den Kampf gegen die technokratische Hochschulreform als einen Teil des Kampfes zur revolutionären Umgestaltung dieser Gesellschaft.

19.12.68

Bundesvorstand SDS Presseerklärung 19.12.68

Tragt die Unruhe in die Bundeswehr!

Wenn CSU-Trommler Zimmermann in der Wehrdebatte des westdeutschen Bundestages kürzlich meinte, die Kriegsdienstverweigerung gefährde "die von unserem Volk gewünschte Einsatzbereitschaft der Bundeswehr", so hat er damit genau die Intention einer notwendigen Kampagne gegen den reaktionären Apparat der Bundeswehr bezeichnet.

Nachdem sich das bundesrepublikanische Machtkartell seine Herrschaftspositionen mit den Notstandsgesetzen auch legalistisch abgesichert hat und die Bundeswehr als Instrument zur Kontrolle innergesellschaftlicher Widersprüche u.a. gegen streikende Arbeiter eingesetzt werden kann, ist es allerdings geboten, die Einsatzbereitschaft einer solchen Armee zu schwächen.

Eine Bundeswehr zudem, die von den Herrschenden in der Bundesrepublik als aggressives Instrument einer Kalten-Kriegs-Politik nach wie vor zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele -vor allem gegenüber der DDR- benutzt werden kann, muß mit Notwendigkeit den Widerstand der sozialistischen Opposition provozieren.

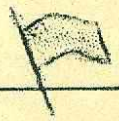
In einer Gesellschaft, in der es bereits wieder möglich ist, in der Presse großmäulig zu verbreiten "Wir haben den Willen wiedergefunden, mit Divisionen Politik zu machen" (FAZ vom 17.12.68), ist eine Kampagne gegen die Bundeswehr legitim.
Die sozialistischen Studenten werden daher die Kampagne TRAGT DIE UNRUHE IN DIE BUNDESWEHR! konsequent fortsetzen.

Der SDS hat seine Mitglieder aufgefordert, in der Bundeswehr zu bleiben und den Wehrdienst abzuleisten, um die praktische Kritik auch innerhalb der Bundeswehr zu entfalten.
Daneben wird der SDS wie bisher die Kriegsdienstverweigerer konsequent unterstützen.
Der Widerstand wird sich auch gegen Forschungsinstitute und Forschungsvorhaben der Bundeswehr an den westdeutschen Universitäten und Hochschulen richten.

REPUBLIKANISCHE HILFE

6 Frankfurt am Main
W.-Hauff-Str.5
Konto Dresdner Bank
Ffm.282880

Verhalten bei Demonstrationen



Die Konfrontation mit Polizei und Justiz, Folge der wachsenden Unterdrückungsmassnahmen gegen die außerparlamentarische Opposition und Ausdruck des Notstandsstaates, versetzt die Betroffenen häufig in Panik und sie verhalten sich dann so, daß sie die weitere Verfolgung gegen sich unterstützen, z.B. indem sie unreflektiert sich selbst belastende Aussagen machen. Darum sollte sich jeder die folgenden Punkte merken, der bei Demonstrationen oder Festnahmen nicht hilflos der staatlichen Gewalt ausgesetzt sein will.

I. Ausrüstung bei Demonstrationen

(1) Entsprechande Kleidung: wasserdicht, gegen Schläge gepolstert, feste Schuhe, Kopfschutz (Helme, bes. Motorradhelme), dicke Handschuhe -z.B. um Tränengaspatronen zurückwerfen zu können, Hamburger Reiter wegzuziehen (die Polizisten schlagen bei dieser Sache meistens auf die Finger), zitronengetränkte Tücher gegen Tränengas; adäquate Verteidigungsmittel.

(2) Ausweis, am besten Personalausweis. Darauf achten, daß man ordnungsgemäß polizeilich gemeldet ist. W i c h t i g , da empfindliche Ordnungsstrafen verhängt werden können und der fehlende Nachweis eines festen Wohnsitzes U-Haft-Grund ist !

(3) Geld, Groschen mitnehmen, um bei der Festnahme Anwalt, Ermittlungsausschüsse, Republikanische Hilfe, SDS u.U! auch den Asta anrufen zu können und zu benachrichtigen. - weiter: Schreibzeug, Zigaretten, etwas zu essen, Lektüre, Antibabypillen : man kann ohne Haftbefehl maximal 36 Stunden festgehalten werden !

II. Verhalten während der Demonstration

(1) Vor und während der Aktion Aktionskader bilden. Damit kann u.a. kontrolliert werden, wer verhaftet oder wer verletzt wurde.

(2) Wichtige Vorgänge genau beobachten, insbesondere Übergriffe der Polizei; wenn möglich fotografieren, Sachverhalt notieren mit Ort- u.Zeitangabe und nach der Demonstration u.U. Anwalt, Ermittlungsausschüsse, Republikanische Hilfe, SDS u.u.U.auch den Asta anrufen.

(3) Zivile Beamte den Demonstranten als solche bekannt machen (wenn möglich fotografieren !)

(4) Jede Aktion während der Demonstration - wenn möglich - vorher mit Genossen u. Bekannten diskutieren und dann geschlossen (und mutig) vollziehen.

(5) Festnahmen sind vermeidbar.
Festnahmen ohne Haftbefehl sind nur gerechtfertigt bei dringendem Tatverdacht einer strafbaren Handlung und bei der notwnedigen Aufnahme der Personalien, wenn dies nicht anders geschehen kann(Z.B. wenn der zu Identifizierende Angaben verweigert). Vorbeugende Festnahmen zur Vermeidung einer strafbaren Handlung sind (bis jetzt noch) rechtswidrig.

Jurist. Kurzauskünfte REP. HILFE
Mo. 10-12 h, Do. 16-20 h

Tel. 0611-776068

III. Verhalten nach der Festnahme

(1) Sofort mit anderen Festgenommenen Verbindung aufnehmen, Name , Adresse merken, notieren.
(2) Keine Aussage zur Sache machen; nur zur Person! Name, Adresse, Beruf, Stand.
(3) Unter kein beweiserhebliches Schriftstück eine Unterschrift setzen.
(4) Im Polizeigewahrsam keinen Widerstand leisten.
(5) Erkennungsdienstliche Feststellungen, Fingerabdrücke, Fotografien, dürfen nur zur Aufdeckung einer Straftat, oder zu erkennungsdienstlichen Zwecken abgenommen werden. Darum sich weigern, diesbezügliche Maßnahmen an sich vornehmen zu lassen, sich aber nicht physisch wehren.
(6) Bei Verletzungen Arzt verlangen.
(7) Gedächtnisprotokoll anfertigen.
(8) Wenn sofortige Entlassung nicht zu erwarten ist, Rechtsanwalt, SDS, Republikanische Hilfe u.dgl.m. anrufen
9) Namen und Dienstnummern der Polizisten notieren.

auswenidglernenauswendiglernenauswendiglernenauswendiglernenauswendiglernen

---

Noch eine Anzeige:

852 Erlangen, Hindenburgstr.17, Tel.09131/25743

es sind zu beziehen:

U.SCHMIEDERER,	Sowjetische Koexistenztheorie u. die Kolonialrevolution. Ein KU-Referat. 0,75 DM
ROTE SCHÜLER PRESSE	(der USSB Erlangen-Nürnberg u.Fürth) pro Nr. 0,40 DM
PENG	Organ der Nürnberger Kommune 13, DM 1,-
DIE FUNDSACHE	Materialien zum Prozess gegen die Genossen Schrempf u.de Vos, DM 1,-
WERA SCHMIDT	Ein Modell anti-autoritärer Erziehung, DM 2,50
CALDWELL	Guerillakampf in Indonesien, DM 0,30

PolitLaden Erlangen

BV-Finanzen-

Die Lage ist nach wie vor beschissen. Aber wir haben einige ermutigende Ansätze zu verzeichnen. Die Genossen aus Oldenburg und Bochum haben Briefmarken geschickt, mit denen wir einen Teil des Infos frankieren können.
Andere Gruppen haben angeboten, für den Info etwas zu bezahlen, so DM 1,-. Das wäre auch schon eine gute Hilfe für uns. Allerdings hat sich an der alten Misere nichts geändert, daß bis auf Berlin keine einzige Gruppe regelmäßig an den BV Beiträge zahlt. Die fünf Genossen im BV müssen Miete zahlen (wir haben eine Wohnung!)Kaution zahlen, tanken, etwas essen, Telefon bezahlen, Papier, Schulden etc. Aber das wißt Ihr ja alle. Nach der Entwicklung, die der SDS hinter sich hat, müßte es eigentlich drin sein, daß jeder Genosse monatlich DM 2,- an uns zahlt. Man kann ja auch gleich 1o Mark und dann noch einmal 10 Mark überweisen, oder ein Honorar und so. Wer kennt jemanden, der uns eine Rota'Print R T 4 schenken will ?

GENOSSEN,

WER WEITERHIN DEN INFO BEKOMMEN WILL ,

schreibt uns seine Adresse auf einer einfachen Postkarte BIS ZUM 20.JANUAR 1969 (6 Ffm, Wilh. Hauff 5)

Auch bitte die Adressen der übrigen aktiven Genossen schicken.

Da unsere Kartei ungeheuer veraltet ist, muß jetzt endlich eine Durchforstung einsetzen.

Also: NO ADDRESS - NO INFO

WIR WOLLEN NATÜRLICH, daß IHR ALLE DEN INFO BEKOMMT!

Termine:

16.Jan. Internationale BV-Sitzung, Frankfurt, 17 Uhr

24.-26. Januar Justizseminar in Tübingen

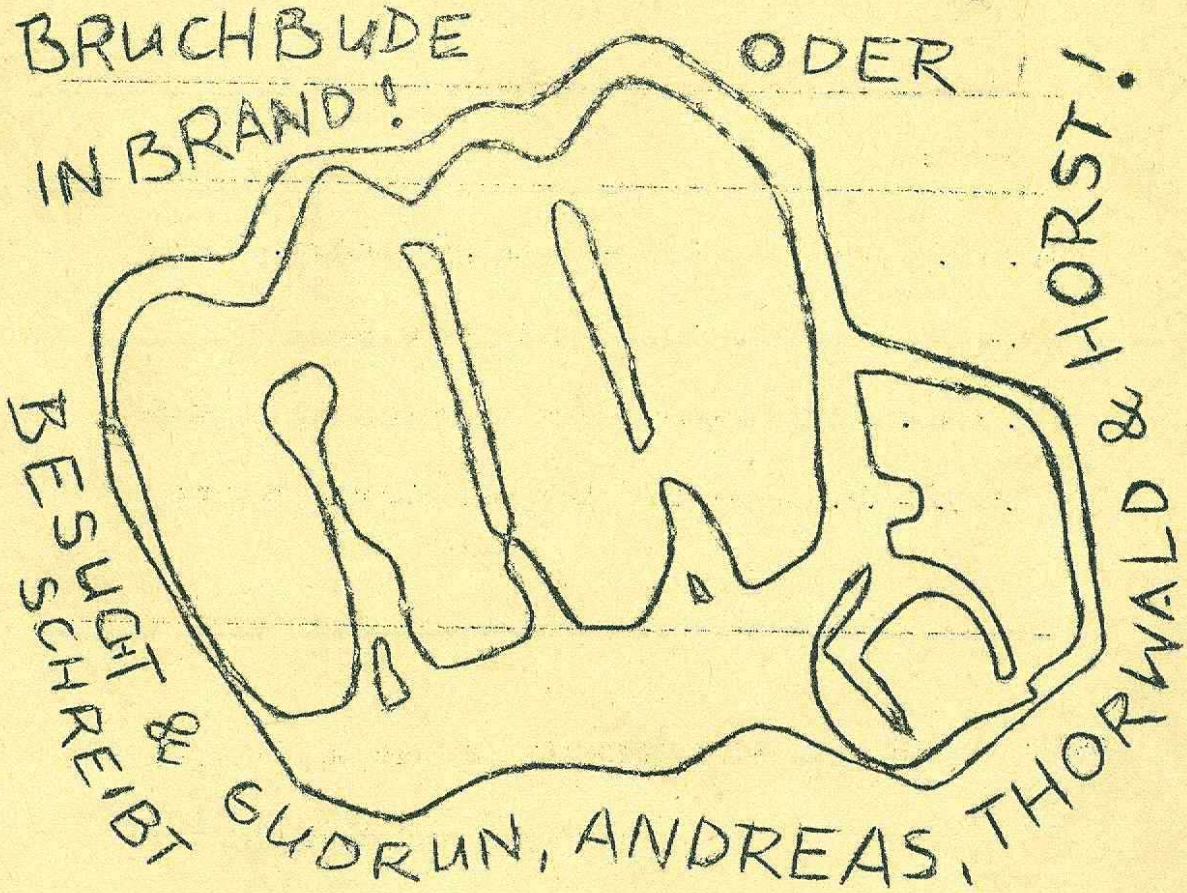
31.Jan-2.2. Seminar zum Publikationswesen Frankfurt

31.Jan. -2.2. Internationalismus-Seminar , Hamburg

IM ÜBRIGEN :TRIKONT WIRD NOCH BILLIGER!!! Die gruppen erfahren dies bei der Bestellung.

G. ENSSLIN Di. und Fr. 9-12 h und 13-16 h	6 Frankfurt-Preungesheim Homburger Landstr.112 (U-Gefängnis)
A. BAADER Mo. und Do. 9-12.3o h	63 Gießen Gutfleischstr. (Gerichtsgefängnis)
T. PROLL Di. 9-13 und 14-17 h	61 Darmstadt Rundturmstr.8 (Straf-und Untersuchungs-anstalt)
H. SÖHNLEIN Di. und Fr. 9-12 h	6 Ffm.-Preungesheim Kreuzäckerstr. (U-Gefängnis für Männer, Kleines Haus)

STECHT DIE LANDFRIEDENS-BRUCHBUDE IN BRAND! ODER



BESUCHT & SCHREIBT GUDRUN, ANDREAS, THORWALD & HORST!

Seite 21 a (im Trubel wurde Seite 21 mit der Seite 20 vertauscht; diese Seite ist also vor Seite 22 zu lesen. Pardon!)

sprechend mit der Untersuchung und Kritik der Berufspraxis wissenschaftlich qualifizierter Menschen, um konkret prüfen und projektieren zu können, wie in den spezifischen Berufen für die Beseitigung des Kapitalismus gearbeitet werden kann. Unsere Kritik an der Universität, unser Protest, zu Agenten der Herrschaft ausgebildet zu werden, unser Versuch, in erkämpften Freiräumen selbst zu bestimmen, was kritische Wissenschaft ist, wie Wissenschaft Kritik sein kann, unser Versuch unsere wissenschaftliche Qualifizierung der Befreieung der Unterdrückten zugute kommen zu lassen, wird konkret, indem wir konkret untersuchen und studieren
a) wie wir in der uns zugemuteten Berufspraxis Unterdrückungswissenschaft praktizieren sollen b) welche spezifischen Möglichkeiten sich aus unserer spezifischen Fachausbildung und in unseren spezifischen Berufen ergeben, zum Sturz des gegenwärtigen Herrschaftssystems beizutragen; dies untersuchend müssen wir c) schon jetzt während des Studiums inhaltlich, wie praktisch organisatorische Vorbereitungen treffen, um die umst ürzlerische Tätigkeit in unsere Berufspraxis nicht alsbald resignierende Einzelkämpfer ohne solidarischen Schutz und solidarischen Diskussionszusammenhang ins Auge fassen zu müssen.
Die Vorbereitung der revolutionären Berufspraxis der wissenschaftlich Qualifizierten ist die wirkliche Kritik der gegenwärtigen Wissenschaft und muss zum Hauptinhalt unseres Studiums werden.

III. Wir werden Prüfungen absolvieren, in deren Form und Inhalt wir auf Gegenstände beschränken werden, die der Herausbildung einer sozialistischen "beruflichen"Perspektive nützlich erscheinen. Woimmer wir Prüfungen abschaffen können (insbesondere staatlich verordnete) werden wir dieses Ziel natürlich ohne sie verfolgen. Die sozialistischen Berufsorganisationen, die wir gründen werden, werden die Isolation der Einzelkämpfer aufheben und mit der Universitätsrevolte eng verbunden sein müssen. Sie werden solidarische Lebenspraxis mit einer durchgehenden politischen Perspektive vereinigen müssen.
Solche Organisationen sind ständig in Gefahr, zu kooprativ-ständigen Clubs zu degenerieren. Wir dürfen deshalb zu keinem Moment die praktische Verbindung zum Klassenkampf gegen das Kapital und seine staatlichen Unterdrückungsagenturen abreissen lassen. Dies erreichen wir zum einen, indem wir zusammen mit den Fortgeschrittensten Teilen des Proletariats die imperialistische Staatsmacht beständig herausfordern, ihren terroristischen Kern entlarven, ihren Mangel an Stabilität demonstrieren und in der Abwehr ihrer Repressionsversuche unsere Kampffront stärken. Zum anderen müssen wir direkt in den Klassenkampf in der Produktionssphäre eingreifen, um unser, von der Bourgeoisie beherrschtes Denken dadurch zu revolutionieren. Dies geschieht, indem wir 1. Analysen und Informationen dem Proletariat liefern, die an der Universität erarbeitet werden und die den revolutionären Arbeitern auf betrieblicher Ebene nützlich sind, indem wir 2. Organisationsformen finden, in denen wir die Klassenschranken niederreißen und das Bedürfnis nach Emanzipation gegen die kapitalistischen Institutionen kehren.
Diese Perspektive erfordert an der Universität zwei organisatorische Schritte: die Einrichtung von Studienkollektiven, in denen wir die revolutionäre Berufsperspektive und die Formen unserer direkten Beteiligung am Klassenkampf erarbeiten; die Stärkung der adhoc Gruppen an den Instituten und die Erarbeitung einer Koordinationsform der adhoc-Gruppen, die ihr Abgleiten in den Institutspartikularismus verhindert.

(Nur drei BV-Genossen haben in zwei 1/2 Tagen 30 Seiten schreiben und 30 000 Blatt zusammenlegen müssen, daher die Fehler. Der nächste info wird, was die Form betrifft, besser.)